30. Dienstag, den 5. Februar 1867. 30.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 4. Februar, Nachmittags. Die Annahme des Demissionsgesuches des Grafen Belcredi von Seiten des Kaisers gilt als unzweifelhafte Thatsache.

Das heutige Abendblatt der „Presse" erfährt von gut unterrichteter Seite, der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Mensdorff, sei bestimmt, als Generaladjutant des Kaisers an die Stelle des Grafen Crenneville zu treten.

Pest, 4. Februar, Abends. In der heutigen Schlußsitzung der Siebenundsechsziger-Kommission wurde das Elaborat des Fünfzehner-Subkomités, nachdem die Berathung über die einzelnen Punkte vollendet war, im Ganzen angenommen. Zur Feststellung des authentischen Berichts ist eine Sitzung auf Mittwoch festgesetzt. In das Elaborat wird noch ein Amendement Lonay's aufgenommen, welches sich auf Handels- und Zollverträge, auf indirekte Steuern, Eisenbahnlinien, sowie auf Geldfuß, Münzwesen und Staatsschuld bezieht. Tisza meldet im Namen der Minorität an, daß dieselbe ihren besonderen Ansichten über das Elaborat noch weiteren Ausdruck geben werde. Der Abgeordnete Bömches erklärte im Namen der siebenbürgischen Sachsen seine Freude über das Zustandekommen des Elaborats, wodurch die Verbindung Ungarns und Siebenbürgens weiter befestigt würde.

Stuttgart, 4. Februar, Nachmittags. Die Militärkonferenzen der süddeutschen Staaten sind gestern eröffnet worden. Nach einer am Vormittag stattgehabten Sitzung wurden die Bevollmächtigten vom Könige empfangen und zur Tafel gezogen. Abends wohnten sie der Festvorstellung im Theater bei. Die zweite Sitzung ist heute gewesen; der Abschluß der Verhandlungen wird bereits morgen erwartet.

München, 4. Februar, Nachmittags. Die „Bayersche Ztg." erfährt aus guter Quelle, daß die in Wien schwebenden Verhandlungen über die Revision des Zoll- und Handelsvertrages mit dem Zollverein einem befriedigenden Abschlusse entgegengehen.

Darmstadt, 4. Februar, Nachmittags. Eine heute publizirte Verordnung setzt für die oberhessischen Abgeordneten zum Norddeutschen Reichstage sieben Gulden tägliche Diäten und Ersatz der Reisekosten fest. Die Kosten der etwaigen Vertretung eines öffentlichen Beamten werden von der Staatskasse getragen.

Kopenhagen, 4. Februar, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Folkethings erklärte der Konseilspräsident, Graf Frijs, in Beantwortung der Interpellation des ehemaligen Ministers Carlsen über die auswärtige Politik Dänemarks, daß es in dem jetzigen Augenblick unverantwortlich von Seiten der Regierung sein würde, dem Reichstage Mittheilungen über den Stand der auswärtigen Politik zu machen; sobald es das Beste des Staats erfordere, würde die Regierung nicht unterlassen sowohl ihretwegen als in Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Landesrepräsentation vollständige Erklärungen über den betreffenden Gegenstand abzugeben. Carlsen ließ hierauf seine Interpellation fallen.

Konstantinopel, 4. Februar. Es ist beschlossen worden, die einzelnen Militärpersonen zustehenden Rationen abzuschaffen und eine Reduktion der Beamtengehälter eintreten zu lassen und zwar der Art, daß bei Gehältern von 3—10,000 Piastern monatlich 20 %, bei Gehältern über 10,000 Piastern 30 % in Abzug gebracht werden.

Die Deutschen in Oestreich.

I.

Der als unzweifelhaft gemeldete Rücktritt des Grafen Belcredi bezeichnet aller Wahrscheinlichkeit nach eine neue Wendung in der östreichischen Reorganisationspolitik. Die slawischen Organe zitterten vor diesem Ministerwechsel; denn auf den Grafen Belcredi hatten sich alle ihre Hoffnungen konzentrirt, Freiherr v. Beust bleibt ihnen suspekt. Nun, endlich wird sich ja sein Programm frei enthüllen können. Vielleicht ist das Mißtrauen der Slawen gegen ihn gerechtfertigt. Wenn der „Ausgleich" mit Ungarn auf seine Rechnung kommt, dann läßt sich voraussehen, daß er sein Bemühen dahin richten wird, die Interessen der Ungarn und Deutschen zusammenzufassen und mit dieser vereinigten Macht den Anforderungen der Slawen entgegen zu wirken. Es ist unmöglich von ihm zu glauben, daß er die Stellung der Deutschen Preis geben werde.

Denn was wäre Oestreich ohne die Deutschen? In Ungarn, Böhmen, Mähren, Schlesien überall, wo numerisch auch das nichtdeutsche Element überwiegt, ist Bildung, Gewerbfleiß, Kapital bei den Deutschen. Wer diese Macht der Deutschen in Oestreich verkennt, kann sich nicht berufen glauben, dieses Land zu regieren.

Die Deutschen in Oestreich unterdrücken, heißt dem Staat das Bindemittel nehmen, ihn dem Naturzustande nähern.

Es liegt uns die Schrift eines Deutschöstreichers, Poinz, (erschienen in Leipzig bei O. Wigand 1867) vor, welche die Frage Staat oder Nationalität aufwirft? und aus dem hier angedeuteten Gesichtspunkt beantwortet. Wir haben früher an dieser Stelle die Ansicht vertreten, daß der Staat über der Nationalität stehe, daß er sich selbst Zweck sei. Aehnlich sagt der Verfasser: „Die Pflege der Nationalität mag immerhin als eine Bemühung der Nation mit Interesse wahrgenommen werden, eine Aufgabe, ein Zweck des Staates ist sie nicht. Ja, der Kultus der Nationalität kann der Erreichung der Staatszwecke sogar abträglich werden."

„Wo in dem Volke eines Staates mehrere Nationen inbegriffen sind; wo dieselben sich nicht damit begnügen, der Pflege ihrer Sprachen im Hause und in den von ihnen selbst geschaffenen Anstalten zu obliegen; wo sie die Attribute des Staats für sich in Anspruch nehmen; wo sie die Zwecke des Staates für nationale Zwecke erklären; wo sie Staaten im Staate errichten wollen, da geht, wenn dem nicht gesteuert wird, die Möglichkeit der Einheit in der Aktion des Staates verloren; da zersplittert sich die volle Kraft desselben, die auf die Erreichung der Staatszwecke gerichtet sein sollte, in tausenderlei Rücksichten für diese und jene Nationalität und über der vergeblichen Bemühung, den zahllosen Ambitionen der Nationalitäten zu genügen, leidet der Rechtszustand, nimmt der Wohlstand ab und die Bildung wird die Dienerin der Nationalität; den Nationalitäten zuliebe findet häufig eine Umkehr in der Bildung statt. Dies ist dermalen das traurige Schicksal des Staates Oestreich."

Der Verfasser geht darauf specieller auf die Folgen der nationalen Proselytenmacherei ein und schildert besonders das Treiben der Magyaren in den Jahren 1848 und 1849. Er weist urkundlich nach, daß als Mittel der Magyarisirung sogar die rohe Gewalt angewendet worden sei und führt Tausende deutscher Namen auf, die zu jener Zeit des Terrorismus in magyarische umgewandelt wurden.

„Wenn aber schon, bemerkt dazu der Verfasser, eine Nation, die erst ein Staat werden will — das „Wie?" liegt außerhalb des Rahmens dieser Betrachtungen — ihre Kräfte auf's Aeußerste anstrengt, um durch Assimilation Dasjenige herbeizuschaffen, was sie die politische Nation nennt und mittelst welcher dann die Gesammtinteressen vermittelst der Aufbietung und Ordnung der Kräfte der Gesammtheit leichter verwirklicht werden können, als durch disparate Elemente in ihrem Schooße, wie viel mehr Ursache hat dann ein thatsächlich bestehender Staat, jenem Auseinandergehen der Wünsche, Interessen, Sprachen u. s. w. zu steuern, welches die Kooperation zur Erreichung der Zwecke des Staates so außerordentlich erschwert, oder geradezu unmöglich macht. Welch' großes Interesse hätte z. B. Oestreich, um eine Basis zur Einheit seiner Aktion zu gewinnen?!"

Die volle Gleichberechtigung aller Stämme in Oestreich hält der Verfasser für unmöglich, ein Stamm müsse herrschen, und zwar der durch Intelligenz bevorzugte. Jedem könne man nicht gerecht werden.

„Freilich, die Gleichberechtigung hat in der letzten Zeit wieder üppige Schößlinge getrieben. Der Handelsminister hat erlaubt, daß in acht Sprachen telegraphirt werden darf. Welche herrliche Errungenschaft! — Man meldet aber, daß von dieser Erlaubniß ein äußerst spärlicher Gebrauch gemacht werde. Und das ist gut; denn man kann doch nicht in jedem Telegraphenbureau achtsprachige Menschen anstellen! Wenn aber dies nicht angeht, wie sollen die Telegraphenämter ihrer Pflicht nachkommen, bedenkliche oder gefährliche Telegramme zurückzuweisen?! Auf Grund dieser human aussehenden Gleichberechtigungs-Maßregel könnte eine sehr hübsche Verraths-Korrespondenz eingerichtet und müßte von den k. k. Telegraphen-Aemtern besorgt werden! — —

Aber, wie ist es mit den Deutschen?

Man sagt zwar, Oestreich sei auch die deutschen Sorgen losgeworden. Aber Elf Millionen Deutsche in Oestreich — man zähle ordentlich, und man wird sie finden — lassen es nicht wahrscheinlich erscheinen, daß Oestreich mit Deutschen gar Nichts mehr zu thun habe.

Soll man also etwa germanisiren?

Die Germanisirung ist ein in Oestreich nahezu verpöntes Wort.

Man darf in Oestreich magyarisiren, czechisiren, polonisiren, slovenisiren, romanisiren, aber germanisiren darf man bei Leibe nicht. Und wo irgend eine Spur auftauchen sollte davon, daß irgendwo auf „fremdem" Gebiete Deutsch getrieben werde, da sind sie dahinter her, als ob es gälte, daß goldene Vließ der urangestammten Sprache gegen die Invasion eines afrikanischen Negerdialektes zu vertheidigen. So interpellirte in der Sitzung des Agramer Landtags vom 4. Dezember 1866 der Schriftführer Dutkovic das Präsidium: er habe aus Zeitungen entnommen, daß der Iriger Stuhlrichter (?) in der katholischen Schule zu Numa die deutsche Sprache als Unterrichtssprache gebrauche. Es wurde in der That das Präsidium ersucht, sich über diese Sache zu unterrichten und dem Landtage das Nähere zu melden.

Ja, das Germanisiren wird nicht nur perhorrescirt und mit allen Mitteln hintangehalten, sondern es giebt sogar Gesetze, welche deutsche Kinder zwingen, inferiore Sprachen in den Schulen zu lernen; so das Gesetz „wegen Durchführung der Sprachengleichberechtigung an den Volks- und Mittelschulen in Böhmen vom 18. Jänner 1866", nach welchem die Gleichberechtigung darin besteht, das deutsche Kinder Böhmens in den Volks- und Mittelschulen czechisch lernen müssen!

Wo es sich aber um Blut, um Geld, ja sogar wo es sich in letzter Instanz um die Sprache handelt, da muß am Ende doch der Deutsche in Oestreich herhalten."

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 3. Febr. Die Koburg-Gothaische Regierung hat die beiden Gesetze, betreffend die Wahlen zum Reichstage und die Bewilligung von Diäten an die Abgeordneten, hierher mitgetheilt. Hinsichtlich der Diäten wird angeordnet, daß dieselben aus der Staatskasse zu zahlen seien, da jedoch die herzogliche Regierung wünscht, auch in dieser Beziehung in möglichster Uebereinstimmung mit den Bundesgenossen zu handeln, so ist über die Höhe der Diäten eine Normirung noch offen gehalten. — Die in Marseille für Preußen gebaute Panzerfregatte „Friedrich Karl" hat eine Länge von 280 Fuß, eine Breite von 50 Fuß, einen Tiefgang von 23 Fuß und einen Tonnengehalt von 4050 Tons. Der Panzer ist theils 5, theils 4½ Zoll stark und die Maschine der Fregatte hat 950 Pferdekraft. Die Besatzung des Schiffes wird aus etwa 500 Mann bestehen und die Armirung aus 16 gezogenen Zweiundsiebzigpfündern. — In jüngster Zeit scheint man die Ansicht gefaßt zu haben, daß, weil in den Donaufürstenthümern ein deutscher Fürst ist, dort auch ein besonders günstiges Asyl für deutsche Auswanderungslustige zu finden sei. Namentlich reflektiren viele dahin Auswandernde auf Stellungen im Staats- oder Hofdienst. Zur Warnung dürfte die Mittheilung dienen, daß die meisten dahin Ziehenden sich getäuscht sehen und entblößt von Reisemitteln die dortigen deutschen Konsulate um Unterstützung zur Heimkehr angehen, die ihnen nicht gewährt werden kann. Die Hofdienststellen in Bukarest sind sämmtlich besetzt, und auf eine Anstellung im Staatsdienste kann jedenfalls keiner Rechnung machen, der, wie es bei den Deutschen meistens der Fall ist, der dortigen Landessprache nicht vollkommen mächtig ist. Am ehesten finden noch Handwerker Beschäftigung, aber auch diese nur, wenn sie der dortigen Sprache einigermaßen mächtig sind und jedenfalls nur, wenn sie bereits ein sicheres Engagement nach den Donaufürstenthümern erhalten haben.

In der jüngsten Zeit sind in den preußischen Garnisons-Lazarethen Versuche mit der Benutzung von Drahtmatratzen angestellt worden, die sehr befriedigend ausgefallen sind. Diese Matratzen bestehen aus einem eisernen Rahmen mit erhöhtem Kopfende und einem Drahtgeflecht, außer welchem es nur einer Haarmatratze mit 13 Pfd. Füllung bedarf. Sie bieten ein angenehmeres und reinlicheres Lager als die bisher üblichen Matratzen und dürften wegen der größeren Dauerhaftigkeit auch weit sparsamer sein. Es wird deshalb ihre allgemeine Einführung beabsichtigt, doch sollen zunächst in sämmtlichen Lazarethen Versuche angestellt werden, über deren Erfolg die einzelnen Lazarethkommissionen spätestens bis zum 1. April 1868 zu berichten haben. — Die hiesige Centralkommission für die Pariser Ausstellung wird in den nächsten Tagen eine Anzeige erlassen, wann die auf der Seineinsel Billancourt beabsichtigten Konkurrenzversuche mit landwirthschaftlichen Maschinen stattfinden sollen, damit die sich dafür interessirenden Fabrikanten und Landwirthe darnach ihre etwaige Reise zur Ausstellung einrichten können. Die Konkurrenzversuche werden von 14 Tagen zu 14 Tagen stattfinden, daneben aber einfache Probe-Versuche, zu welchen außer jener noch eine weitere benachbarte Insel eingeräumt wird, täglich nach Belieben vorgenommen werden dürfen.

△ Berlin, 4. Februar. Das Vergehen des in Glogau verhafteten Generals v. Prittwitz besteht darin, daß derselbe thätigen Antheil an der Verbreitung von Flugschriften bei Beginn des vorjährigen Krieges genommen hat, in denen Landwehrleute aufgefordert wurden, der Einberufung zu den Fahnen keine Folge zu leisten. — Die Angaben einiger Blätter über den Schluß der Landtagssession sind jedenfalls voreilig, da das Staatsministerium heute noch nicht im Stande ist zu berechnen, welche Zeit noch zur Erledigung der ausstehenden Arbeiten erforderlich ist. Unter anderm hat das Herrenhaus noch seine zweite Abstimmung über die Ergänzung des Abgeordnetenhauses vorzunehmen, und die Eisenbahn-Anleihe-Vorlage wird wahrscheinlich vom Herrenhaus nach Streichung des vom Abgeordnetenhause amendirten §. 6. an dieses zurückgehen müssen. Hinsichtlich des Vertrags mit Thurn und Taxis erwartet man vom Herrenhaus, dessen Kommission heute ihre erste Sitzung hält, eine ebenso rasche Erledigung, wie vom Abgeordnetenhause — In Betreff der dieser Tage bekannt gewordenen Liste von neu ernannten Beamten für Hannover ist nachzutragen, daß ihre Anstellung keine definitive ist, sondern daß sie nur mit kommissarischer Wahrung der bezeichneten Funktionen beauftragt sind an Stelle der zur Disposition gestellten früheren Inhaber der Aemter. Eine definitive Besetzung wird erst erfolgen, wenn das ganze Verwaltungswesen der Provinz organisirt sein wird. — Das schon früher erwähnte Bild des Königs, welches dem hiesigen Magistrat für dessen Sitzungssaal zum Geschenk bestimmt ist, ist heute übergeben worden. Gemalt ist es von Arnolt. Es stellt den König in Lebensgröße dar, stehend an einem Tisch, die rechte Hand gestützt auf den Feldherrnstab, der auf dem Tische ruht. Auf diesem erblickt man ferner die Krone und die Reichsinsignien, sowie die auf den dänischen und den östreichischen Krieg bezüglichen Orden. Der König trägt die Uniform des ersten Garderegiments. Hinter ihm hängt der Hermelin über einen Stuhl ausgebreitet, und im Hintergrunde sieht man an einem halb zur Seite gezogenen Vorhang vorbei in ein Schlachtfeld hinaus, auf dem gerade eine heftige Attaque stattfindet. — In Bezug auf die bevorstehenden Wahlen wird hier nicht das bei den Landtagswahlen übliche Verfahren der Versendung von Einladungen an die einzelnen Wähler beobachtet werden, sondern jeder Wähler hat selber sein Wahlrecht zu wahren.

— Die Kur bei Ihren Königlichen Majestäten, welche schon für Donnerstag, den 24. v. Mts., Allerhöchst befohlen war, jedoch wegen Unwohlseins Sr. Majestät des Königs ausgesetzt werden mußte, hat nunmehr am Sonnabend, den 2. d. Mts., Abends nach 8 Uhr im hiesigen königlichen Schlosse stattgefunden.

— Ihre Majestät die Königin haben Allergnädigst geruht, nachstehendes Allerhöchstes Schreiben an den St. Johanniter-Malteser-Orden zu richten: „Der St. Johanniter-Malteser-Orden hat während des letzten Krieges durch seine aufopferungsvollen Leistungen sich seiner großen historischen Vergangenheit würdig bewiesen und die hingebende Hülfe verschiedener geistlicher Genossenschaften zweckmäßig zu verwenden gewußt. Es gereicht Mir

zur größten Genugthuung und Freude, hierfür dem Orden und zunächst Ihnen, als einem Vertreter desselben, aus Anlaß des Berichts über seine segensvolle Wirksamkeit, den Sie Mir eingereicht haben, Meine volle Anerkennung auszusprechen und dadurch dem Danke, den das Vaterland auch diesem Orden schuldet, den geeigneten persönlichen Ausdruck zu verleihen. Berlin, den 22. Januar 1867. Augusta." — An den Grafen Franz Egon Marquis von und zu Hoensbroech auf Schloß Haag.

— Die kommende Woche wird voraussichtlich in mehr als einer Beziehung entscheidend sein. In den Angelegenheiten der Norddeutschen Konferenz wird der Vertrag, wenn er überhaupt vor den Wahlen zu Stande kommen soll, zum Abschluß gelangen müssen. Man hatte bis jetzt als den äußersten Termin für den Schluß der Konferenz den 10. Februar angenommen. Die gestern signalisirte Angabe, daß es vielleicht zu der vorläufigen Unterzeichnung wichtiger Bestimmungen oder Theile des Entwurfs kommen könnte, hat noch keinen sicheren Anhaltspunkt. Die wichtigste Bestimmung ist ohnehin die financielle Forderung, um deren definitive Feststellung es sich bis in die letzten Tage gehandelt hat. (Köln. Ztg)

— Es soll der Wunsch sein, schreibt die „N. P. Z.", daß der Norddeutsche Bundesvertrag im Laufe dieser Woche zum Abschlusse und zur Unterzeichnung gelange. Aussichten dafür sind vorhanden.

— Den herzogl Koburgischen Regimentern sind die Fahnenbänder für den Feldzug von 1866 verliehen worden.

— Der Landrath v. Wurmb zu Weißenfels hat in Bezug auf seine Kandidatur zum Norddeutschen Parlamente eine Erklärung veröffentlicht, in welcher es u. A. heißt:

Im ganzen Wahlbezirke glaube ich bekannt genug zu sein und nicht noch nöthig zu haben, ein politisches Programm aufzustellen; die Wahlprogramme sämmtlicher politischen Parteien werden ohnehin fast gleich sein. Wenn aber ein Wähler zu wissen wünscht, warum grade ich mich für befähigt halte, meinem engern Vaterlande bei der Bildung des Norddeutschen Reichstages Dienste zu leisten, so antworte ich, daß ich hoffen dürfe, daß meine ziemlich genaue Kenntniß der Verhältnisse der Thüringischen Staaten und die Erfahrungen, welche ich während meines Aufenthaltes als Civil-Kommissar im Königreiche Sachsen zu sammeln reiche Gelegenheit hatte, dem preußischen Staate gerade bei Konstituirungsarbeiten des Reichstages von Nutzen sein würden. Denn namentlich aus Sachsen und Thüringen wird den Bestrebungen der preußischen Regierung der zäheste Widerstand entgegengestellt werden. Es gilt jetzt, diesen Absichten energisch entgegenzutreten.

— Aus Neuwied wird berichtet, daß dort gestern, den 3. d., nach kurzem Krankenlager Se. Durchl. Prinz Maximilian zu Wied, kgl. preußischer Generalmajor a. D. und Ehrensenior des Eisernen Kreuzes, in seinem 85. Lebensjahre verstorben ist.

Hannover, 1. Februar. Dr. Windthorst, der vormalige Justizminister, ist, nachdem er einen Tag bei der Königin auf der Marienburg zugebracht hatte, gestern nach Berlin gereist, um dort unter den Auspicien des Lord Loftus ein Abkommen in Betreff der Vermögensrechte des Königs Georg V. zu versuchen. Mit ihm wird sich auch der Geh. Finanzrath v. Klenck, der Bewahrer der 20 Millionen in London, dort einfinden. Die Herren sollen ziemlich weitgehende Ansprüche durch die Kapitulation von Langensalza begründet finden; andererseits hört man, daß Preußen geneigt sei, jedes irgend thunliche Zugeständniß zu machen. Dennoch, obwohl mit der längst erfolgten Eidesentbindung der Civilbeamten und der nun auch zugestandenen Verabschiedung der Offiziere und Soldaten das hauptsächlichste Hinderniß einer Ausgleichung beseitigt ist, wird auf erwünschten Erfolg nicht mit Sicherheit gerechnet. Preußen, heißt es, wäre die Vermittelung Englands nicht gelegen, es wolle nur, oder doch lieber, mit unmittelbar von König Georg Beauftragten unterhandeln, weil allein auf diesem Wege der Anlaß geboten sei, den König zur Anerkennung der neuen Ordnung zu bewegen, oder doch aus dem Abschlusse der Unterhandlung die Anerkennung mindestens zu folgern. Weil aber der König auf direkte Unterhandlung keinenfalls eingehen würde, so meint man, wäre die Beseitigung der Schwierigkeiten noch immer ungewiß. (Köln. Z.)

Sächs. Herzogthümer. Weimar, 4. Februar. Dem heute eröffneten außerordentlichen Landtage ist ein Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Aufhebung des Salmonopols gegen eine Besteuerung der Produktion oder der Einfuhr des Speisesalzes zu 2 Thaler pro Centner.

Oestreich.

Wien, 1. Februar. Herr v. Beust hat mit seinen Versuchen, eigene Politik im Orient zur Geltung zu bringen, bisher nicht viel Glück gehabt, und in den Tuilerien, wo man mit Oestreich einig zu gehen hoffte, eine unliebsame Ueberraschung hervorgebracht. Man fürchtet von der Beust'schen Initiative das Gegentheil dessen, wessen man sich von Oestreich versehen haben mochte: anstatt einer Abschwächung der orientalischen Krisis, ihre Verschärfung und Zeitigung. Von einer solchen Enttäuschung bis zu dem Verdacht, daß Oestreich in geheimem Einverständniß mit Rußland handle, ist ein kurzer Schritt. Herr v. Beust scheint den Nachtheilen eines solchen Eindruckes durch Ausstreuungen vorbeugen zu wollen, die keinen andern Zweck haben, als dem Argwohn Frankreichs eine andere Richtung zu geben. Man begegnet in der Presse bald hier, bald dort, bald verstecktere, bald offnere Hinweisungen auf Pläne, die zwischen Preußen und Baiern gegen Frankreich geplant würden. Napoleon III. soll gewissermaßen auf die Fährte seiner eigentlichen Feinde geleitet und in der östreichischen Allianz um so sicherer befestigt werden. Muthmaßlich aber wird man in Paris seine Informationen über die Absichten der deutschen Regierungen nicht aus der östreichischen Presse schöpfen.

Wien, 3. Februar. Belcredi hat das Entlassungsgesuch eingereicht. Es ist vom Kaiser noch nicht angenommen. Der Minister wohnt jedoch seit gestern nicht mehr den Minister-Konferenzen bei. (B. B. Z.)

Frankreich.

Paris, 2. Febr. Die Rednerbühne, die jetzt in der Deputirtenkammer bei Nacht wieder hergestellt wurde, ist ein ehrwürdiges Stück Möbel; sie stand bereits im Saale der Fünfhundert, und die Basreliefs, womit sie ausgestattet ist, gehören dieser großen Epoche an. Diese Basreliefs bestehen aus zwei weiblichen Figuren, von denen die eine die Geschichte, wie sie schreibt, die andere den Ruhm, wie er in die Trompete stößt, darstellt. Vor jeder dieser weiblichen Figuren erhebt sich ein gallischer Hahn und in der Mitte erscheint ein kleiner Altar mit dem Januskopfe; über dem Altare ist das Bild der Freiheit zu sehen. Diese Basreliefs wurden von Lemot im Jahre VI. gemacht; über dem „J. J. Lemot fecit an. VI." ist die Jahreszahl 1798 später eingravirt worden. Als der 18. Brumaire den Saal der Fünfhundert schloß, wurde die Rednerbühne in den Keller des gesetzgebenden Palastes verbannt, doch hatte, im Vorgefühle anderer Zeiten, der Baumeister, der sie abriß, sorglich die einzelnen Marmorstücke numerirt, so daß die Wiederherstellung leicht und treu erfolgen konnte, als der Parlamentarismus als Phönix aus dem Grabe erstand. Unter der Juli-Regierung wurde die Tribüne in den neuen Kammer-Saal verpflanzt; unter der Republik von 1848 wurden die Sitzungen der konstituirenden und der gesetzgebenden Versammlung in der Salle de Carton gehalten, so genannt, weil er provisorisch in Eile in der Cour d'honneur des Palastes errichtet ward.

Nach dem Staatsstreiche von 1852 wurde der gesetzgebende Körper wieder in die ehemalige Deputirtenkammer eingewiesen, nachdem die Tribüne fortgeschafft, die Basreliefs davon abgetrennt und zum Schmucke der Facade des Präsidentenbureaus benutzt worden waren. Zum zweiten Male wurde die Rednerbühne in die Rumpelkammer gebracht, jedoch auch diesmal, in Aussicht auf andere Zeiten, wieder sorglich Stück vor Stück numerirt; und richtig, nach fünfzehn Jahren ist sie durch den Grafen Walewski wieder auferweckt worden aus dem Grabe, und Herr v. Joly, der Architekt des gesetzgebenden Körpers, hat sie wieder an das helle Sonnenlicht befördert. Die Minister- und Staatsrathsbänke, welche den Raum einnahmen, wo jetzt wiederum die Tribüne ihr altes Recht in Anspruch nahm, wurden nun ihrerseits sorglich etiquettirt und nummerirt in den Keller an die Stelle, wo die Tribüne beigesetzt war, gebracht. Fortan werden die Minister wieder, wie ehedem, im ersten Range der Bänke des Hemicyklus Sitz haben. Damit aber nichts in der äußeren Einrichtung der Deputirtenkammer — es wird jetzt auch wohl wieder an der Zeit sein, diese Bezeichnung wieder zu Ehren zu bringen — fehle, ist der geschickte Architekt Joly gegenwärtig mit Herstellung der zweiten Reihe der Tribünen für das Publikum beschäftigt, genau wie sie unter dem Juli-Könige bestand. Auch im Senate sind Arbeiter mit Wiederaufbau der Rednerbühne beschäftigt. Uebrigens hatte Troplong bereits für die Senatoren ein kleines Tribünchen an der einen Seite des Hemicyklus anbringen lassen. Ob auch die Logen fürs Publikum im Senate hergestellt werden, ist noch unentschieden. Sofort nach Eröffnung der Session wird dem Senate ein Beschluß über Erweiterung der Rechte dieses Hauses vorgelegt werden. (Köln. Ztg.)

Paris, 3. Februar. Die „France" berichtet heute, daß über die Rednerbühne, die seit gestern im Aufbau begriffen war, anders verfügt ward; eine Tribüne soll nun zwar gestattet bleiben, aber nicht die alte von Marmorstein und mit den historischen Erinnerungen. Diese spazirt bis auf bessere Zeiten zum dritten Male in den Keller und an ihrer Stelle tritt ein Gestell von Akaju, das dieselbe Höhe wie die alte solide Tribüne haben und als hölzernes Modegeschöpf leicht von der Stelle bewegt und beseitigt werden kann. Die „France" macht den Zusatz, die alte Marmor-Tribüne sei zu eng gewesen, ein Redner, der viel Papier während der Rede gebraucht hätte, habe nicht Platz genug gehabt, seine Hülfsmittel auf dem Rande auszubreiten.

Die „France" rechnet aus, daß Bayern, Würtemberg, Baden und Hessen 275,000 Mann auf die Beine bringen könnten, also recht wohl eine unabhängige Stellung (d. h. ein Rheinbündchen) sich zu begründen „den Muth haben dürften"; indeß der Fürst Hohenlohe wolle nun einmal die Union mit Preußen und in Karlsruhe verfolge man dieselbe Richtung; zu einer Militärkonvention sei es jedoch noch nicht gekommen; man halte es für zeitgemäßer, noch zu laviren und einstweilen die Heeres-Umgestaltung zu betreiben, die Hohenlohe dann „zu Preußens Verfügung stellen wolle."

Belgien.

Brüssel, 4. Februar. Zu Marchienne-au-Pont ist die Ruhe wieder hergestellt; man erwartet, daß die Arbeiter unverzüglich ihre gewohnte Beschäftigung wieder aufnehmen werden.

Aus Hasselt ist kein neuer Fall der Rinderpest gemeldet worden.

Italien.

Florenz, 3. Februar. Das zweite Bureau der Deputirtenkammer hat gleichfalls den Gesetzentwurf, betreffend die Kirchengüter, verworfen Es fehlt nur noch der Beschluß des ersten Bureaus. Die „Opinione" glaubt, das Ministerium werde vor der öffentlichen Diskussion des Gesetzentwurfs keinen Beschluß fassen. „Nuovo Diritto" dementirt in entschiedenster Weise das Gerücht einer ministeriellen Krisis. Der östreichische Gesandte, Freiherr v. Kübeck, ist hier eingetroffen.

Die „Nazione" erklärt das Gerücht, das Ministerium habe dem König die Auflösung der Kammer vorgeschlagen, für grundlos.

Rußland und Polen.

□ Aus Polen, 1. Februar. Die mit Pässen über die Grenze kommenden Reisenden wissen, daß sie die Visa zur Rückreise beim Kriegschef des Bezirks einholen müssen; dagegen können die mit bloßen Legitimationskarten Reisenden sehr leicht in Verlegenheit kommen, wie es kürzlich einem Kaufmann aus dem Großherzogthum Posen erging. Derselbe hatte mehremale die Reise über Slupce nach Polen, wo er auf einem zwei Meilen von der Grenze belegenen Dorfe Geschäfte hatte, mit Legitimationskarte gemacht und war mit dem bloßen Visa des Woyts wieder unangefochten zurückgereist. In dem letzten Drittel des Januar machte er dieselbe Reise, und kam mit dem Visa von demselben Woyt, der ihm bisher stets die Karte zur Rückreise visirt hatte, auf der Rücktour in Slupce an, wo er den Bescheid erhielt, die Karte müsse vom Naczelnik wojenny visirt sein. Seine Berufung darauf, daß er schon mehre male zurückgereist sei und das Visa des Woyts genügt habe, half nichts, er mußte nach Konin, also vier Meilen zurückmachen. Da er dort erst gegen acht Uhr Abends ankam, mußte er natürlich übernachten. Sei es nun, daß er vielleicht in seinem Aerger über die unnöthigen Verzögerungen etwas vorlaut im Bureau des Naczelnik war, oder lag irgend ein andrer Grund vor: man ließ ihn in Konin warten bis Nachmittags 4 Uhr, so daß er keine Aussicht mehr hatte, noch über die Grenze zu kommen, und nochmals in Konin übernachtete Er kam den folgenden Tag, also erst am 4. Tage nach seiner Abreise von Hause wieder dahin zurück.

Nach dem neuen Paßgesetz steht es im Ermessen der Behörden, bei Ertheilung von Auslandspässen an Inländer die Zahl der Reisen nach der bisherigen Form auf vier zu beschränken oder die beschränkende Bemerkung ganz wegzulassen, so daß der Inhaber während der Dauer des Passes so oft die Grenze passiren kann, als es ihm beliebt. Bei Gewerbtreibenden im Grenzgebiet ist diese Praxis schon längere Zeit in Uebung.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

(24. Sitzung vom 4. Februar.)

Eröffnung 11¼ Uhr. Die Tribünen sind schwach besetzt. Am Ministertisch der Ministerpräsident Graf Bismarck, Minister v. d. Heydt, Graf Itzenplitz, und mehrere Regierungskommissarien.

Präsident Graf Stolberg-Wernigerode macht Mittheilungen von den aus dem Abgeordnetenhause herübergekommenen Vorlagen, sowie vom Eintritt des neuen Mitgliedes des Hauses, v. Kwilecki. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand der Bericht der Eisenbahn-Kommission über das Gesetz, betreffend die Uebernahme der Zinsgarantie des Staats für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Köslin nach Danzig ist. — Die Kommission beantragt, das Gesetz unverändert in der Form anzunehmen, wie es vom Abgeordnetenhause herübergekommen ist. — Berichterstatter Herr v. Below befürwortete die Annahme des Kommissionsantrages. — Handelsminister Graf Itzenplitz betont die Nothwendigkeit der fraglichen Bahnlinie. — Herr v. Kleist-Retzow empfiehlt den Antrag nochmals und richtet das Ersuchen an die Staatsregierung, das zweite Geleise der Ostbahn zunächst nur bis Schneidemühl legen zu lassen, da der Bau einer direkten Bahn von Dirschau nach Schneidemühl wünschenswerth sei. — Der Handelsminister erklärt, daß er ein bestimmtes Versprechen, betreffend die Legung des zweiten Bahngleises nicht abgeben, sich auch keine Vorschriften darüber machen lassen könne. Der Bau einer Bahn von Dirschau nach Schneidemühl sei allerdings wünschenswerth, und solle sobald wie möglich in Erwägung gezogen werden. — Das Gesetz wird darauf angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Eisenbahnkommission, betreffend die Anleihe von 24 Millionen zu Eisenbahnzwecken. — Die Kommission beantragt, den Gesetzentwurf, wie er im Abgeordnetenhause beschlossen worden ist, mit der Modifikation anzunehmen, daß der §. 6. folgendermaßen gefaßt werde:

„Jede Verfügung der Staatsregierung über die Verbindungsbahn zu Berlin, die Eisenbahnen von Dittersbach nach Altwasser und von Saarbrücken nach Saargemünd durch Veräußerung bedarf der Zustimmung der Landesvertretung."

Nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses lautet der §. 6.: Jede Verfügung der Staatsregierung über eine der durch dieses Gesetz berührten Eisenbahnen durch Veräußerung oder Verpachtung bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages.

In dem Vorschlage der Kommission des Herrenhauses sind also ausgelassen von der im obigen Paragraph ausgesprochenen Beschränkung die Ostbahn, die Westphälische Eisenbahn, die Niederschlesisch-Märkische Bahn, die Schlesische Gebirgsbahn und die Verbindungs-Eisenbahn in Breslau.

Berichterstatter Dr. Elwanger empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages und spricht sein Bedauern darüber aus, daß ein Einverständniß mit dem andern Hause nicht erzielt worden sei; der Mangel an Zeit trage aber die Hauptschuld daran.

Graf Rittberg befürwortet in längerer Ausführung den Kommissionsantrag. Eine so wichtige Prinzipienfrage, wie die im §. 6. enthaltene, dürfe nicht so nebenbei in einem Spezialgesetz behandelt werden.

Dr. Baumstarck bittet, den §. 6. so anzunehmen, wie er vom Abgeordnetenhause beschlossen worden ist; das Gesetz werde sonst in dieser Session nicht mehr zu Stande kommen. Nach Art. 99 der Verfassung habe das Abgeordnetenhaus das materielle Recht zur Aufstellung dieses Paragraphen. Das Abgeordnetenhaus hat das richtige Prinzip auf einen speziellen Fall angewandt; ist zu dem Beschlusse durch das Verfahren der Staatsregierung bei der Köln-Mindener Eisenbahn bewogen worden. Die Vorwürfe, die man dem Abgeordnetenhause darüber macht, sind ungerechtfertigt. Der Beschluß ist weder ein Eingriff in die Exekutive, noch in die Staatsverwaltung. Höchstens können die Worte „oder Verpachtung" Bedenken hervorrufen; diese kann man aber streichen, und das Abgeordnetenhaus wird auf diese Aenderung wohl eingehen. (Redner übergiebt dem Präsidenten ein dahin lautendes Amendement). Die Herren Minister des Handels und der Finanzen haben allerdings erklärt, daß sie nicht daran denken, die Bahnen zu veräußern; so anerkennenswerth und ehrenwerth diese Versicherung auch ist, so ist sie doch objektiv nicht genügend; man muß aber bedenken, daß sowohl die Persönlichkeiten des Ministeriums, als die Rechtsanschauungen Wandlungen unterworfen werden können. Das ist ja eben der Hauptgrund für den Paragraphen; das Recht der Landesvertretung, das gegenwärtig nicht bestritten wird, soll ein für alle Mal festgestellt werden; dies ist ebenso nöthig, wie die Sicherstellung der Rechte der Krone. Das Abgeordnetenhaus ist deshalb vollständig in seinem Rechte. — Der Antrag der Kommission ist unvollständig und zwecklos; ich bitte ihn deshalb abzulehnen. Ich würde es tief bedauern, wenn ein neuer Konflikt hervorgerufen würde; ich bitte deshalb das Haus dringend, das Möglichste zur Vermeidung desselben zu thun. Ich bitte dabei zu bedenken, daß Preußen gerade jetzt Angesichts des Norddeutschen Bundes alle Veranlassung hat, danach zu streben, das Vertrauen in Deutschland zu gewinnen. Die Anerkennung des Rechtes der Volksvertretung würde nicht unerheblich dazu beitragen. Ich bitte Sie deshalb den §. 6 mit meinem Amendement anzunehmen.

Ministerpräsident v. Bismarck: Die Regierung hält das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes nicht nur für nützlich, sondern für nothwendig und sie würde es tief bedauern, wenn dasselbe durch die Einmischung solcher prinzipieller Fragen in ein spezielles Gesetz verhindert und die Regierung in die Lage gebracht würde, sich Ausgaben versagen zu müssen, welche im Interesse des Landes geboten sind. Sie würde dies um so mehr bedauern, als der materielle Unterschied der verschiedenen Meinungen ein sehr geringer ist. Die Regierung hat nicht die Absicht und hält sich nicht für befugt, Staatseisenbahnen zu veräußern, über derer Erträge gesetzlich disponirt ist; — und in diese Kategorie fällt die Mehrzahl aller unserer Staatsbahnen. Die Regierung hat diese Meinung gegenüber der westphälischen Bahn bethätigt; dieselben Kriterien, wie bei dieser Bahn treffen aber bei den meisten zu. Der faktische Unterschied ist also sehr gering, und es ist um so bedauerlicher, daß durch die prinzipielle Natur der gestellten Anträge im andern Hause über diese Angelegenheit von Neuem ein Konflikt hervorgerufen wird. Die Regierung kann sich nicht entschließen, prinzipiell auf ein System einzugehen, welches die Bewilligung von Nützlichkeitsausgaben von der Interpretation der Verfassung abhängig macht. Wenn diese Bestimmung nur auf die neu zu bewilligenden Bahnen ausgedehnt werden soll, so ist die Regierung damit einverstanden, aber sie kann sich nicht dazu verstehen, eine prinzipielle Frage in der Allgemeinheit, wie es versucht worden ist, bei Gelegenheit einer bloßen Nützlichkeitsanlage zur Entscheidung zu bringen.

Es wäre dies ein System, welches zu weit führen würde, wenn man es einreißen ließe, ein System, welches auf der Fiktion basirt, daß das materielle Wohl des Landes dem Landtage weniger am Herzen liegt, als der Regierung, und daß man auf die Vorliebe der Regierung für das materielle Wohl des Landes die Spekulation basiren könne, ihr nur dann die Erlaubniß zu Ausgaben zu ertheilen, wenn sie diese oder jene prinzipielle Konzession macht. Dem muß entgegen getreten werden; der materielle Unterschied in der Frage ist ja, wie gesagt, nur gering. Die Regierung hofft, gar nicht in die Lage zu kommen, daß sie eine Veräußerung von Staatseisenbahnen beantragen muß, nachdem durch Anleihen und die Füllung des Staatsschatzes für die Bedürfnisse gesorgt ist. Die Regierung würde sich nur im äußersten Nothfalle, den sie nicht erwartet, dazu entschließen können. Ich brauche wohl nicht daran zu erinnern, von welchem Nutzen für die Durchführung der Politik es gewesen ist, daß wenigstens die Köln-Mindener Frage offen stand; ohne diese konnten wir die Politik des vorigen und des vorvorigen Jahres, die die Vorbereitung dazu war, garnicht durchführen ohne finanzielle Wagnisse, von welchen ich nicht weiß, ob wir sie würden übernommen haben. In einer Lage, wo uns jeder Beistand des Landtages versagt wurde, wo uns die Mittel für den dänischen und östreichischen Krieg abgeschlagen wurden und die Regierung allein auf die Mittel angewiesen war, die sie flüssig machen konnte, hat sie sich zu dem Schritt mit der Köln-Mindener Bahn entschlossen. Ich hoffe, daß solche Situationen nicht wieder vorkommen werden, daß selbst angesichts eines großen und gefährlichen Krieges zahlreiche Parteien, wie sie in dem aufgelösten Abgeordnetenhause vorhanden waren und zur Herrschaft gelangten, ihre Parteipolitik so hoch über die des Landes stellen, daß sie den Krieg gegen ihr eigenes Ministerium für wichtiger halten, als den Krieg gegen einen auswärtigen Feind.

Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommen wird. Aber es ist eine entmuthigende Wahrnehmung, wenn unmittelbar nach dem Schluß eines Konfliktes, welchen die Regierung eben so schwer empfand, als das Land, ohne allen Grund in einer speziellen Eisenbahnangelegenheit ein Prinzip zur Entscheidung zu bringen versucht wird, von welchem man wußte, daß die Regierung ihm entgegentreten müßte. Die Regierung würde geglaubt haben, sich am Frieden des Landes zu versündigen, wenn sie erklärt hätte, den Bau der proponirten Bahnen nur dann vornehmen zu wollen, wenn der Landtag in der prinzipiellen Frage nachgiebt; man würde dann der Regierung mit Recht vorwerfen können, daß sie den Konflikt von Neuem heraufbeschwören wolle, und daß sie in den letzten Jahren Nichts gelernt habe. Es ist aber gar kein Grund vorhanden, diese Frage bei dieser Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen, da der materielle Unterschied ja nur ein geringer ist. Wenn wir aber sehen, daß unmittelbar nach diesen Erlebnissen, von denen man geglaubt hätte, daß sie eine gewisse Schüchternheit, eine gewisse Scheu solchen Fragen gegenüber erzeugt hätten, man in einer Situation, wo wir die Einigkeit im Innern und dem Auslande gegenüber brauchen, mit Leichtigkeit wieder einen solchen Konflikt erzeugt, von Neuem solche Fragen aufwirft, so ist dies entmuthigend und es würde mir sehr leid thun, wenn wir mit dieser Disharmonie die jetzige Session, die doch sonst im Ganzen einen so befriedigenden Eindruck macht, beschließen sollten. Aber die Regierung würde lieber diese Nützlichkeitsanlage unterlassen, als das System einführen lassen, daß solche Gelegenheiten wahrgenommen werden könnten, um allgemeine Prinzipienfragen zur Entscheidung zu bringen. Sie würde lieber den Verkehr auf der Ostbahn allen Inkonvenienzen aussetzen, sie würde es zugeben müssen, selbst wenn die Berliner Verbindungsbahn polizeilich inhabirt würde. Sie hat gezeigt, daß sie das Verfahren, wie sie es bei der westfälischen Bahn innegehalten hat, auch in Bezug auf andere Bahnen einzuhalten jederzeit gesonnen gewesen ist. Im Sinne dessen, was ich gesagt habe, würde mir auch ein Amendement, welches diese Bestimmung auf die neu zu erbauenden Bahnen beschränkt, vollständig willkommen sein. Dagegen bin ich mit dem Herrn Vorredner darin einverstanden, daß die Entscheidung über die Verpachtung oder Nichtverpachtung allerdings einen Eingriff in die Verwaltung enthält. Die Konsequenz würde dazu führen, daß auch auf die Forstwirthschaft dieselben Grundsätze übertragen werden müß-

ten, daß der Bebauungsplan für jedes einzelne Mal von dem Landtage genehmigt werden müßte; denn es ist doch unzweifelhaft, daß bei den großen und kostbaren Holzbeständen unseres Landes die Regierung diese Einnahmequellen dauernd schädigen könnte, wenn sie, wie man von gewisser Seite anzunehmen scheint, eine Institution wäre, vor der man sich mit allerlei Klauseln und Vorsichtsmaßregeln hüten müßte. Man sollte wirklich glauben, daß die Regierung überhaupt eine gemeinschädliche Einrichtung sei, gegen welche das Volk sich nicht genug vorsehen könne. Denn wenn dieses Prinzip nicht die Abstimmungen Mancher beherrschte, so wäre es unbegreiflich, wie sie zu der Voraussetzung kommen können, daß die Regierung den Drang fühle, Staatseisenbahnen in muthwilliger Weise zu veräußern, selbst wenn die rechtliche Befugniß klarer wäre, als sie selbst nach den Erklärungen, die ich Namens des Staatsministeriums abgegeben habe, glaubt. (Bravo!)

Herr v. Tettau wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn Baumstark und empfiehlt den Kommissions-Antrag. Der „Geist der Verfassung" werde von Jedem anders ausgelegt; er halte es diesem Geiste der Verfassung für angemessen, daß auch dem Könige gewisse Rechte blieben.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Die heutige Debatte zeigt mir, wie sehr wir schon vom Verfassungsleben durchdrungen sind. Auseinandersetzungen über den materiellen Inhalt der Vorlage scheinen gar nicht nöthig zu sein, man begnügt sich damit, Verfassungsparagraphe zu citiren. Ich möchte doch aber auch der Sache Rechnung tragen und einige Punkte klar machen, um zu zeigen, daß die 24 Millionen wirklich nicht entbehrt werden können. Denn die berechtigten Anforderungen des Verkehrs können nicht unberücksichtigt bleiben, wenn nicht die allergrößten Uebelstände entstehen sollen. Die beiden kleinen Neubahnen sind nothwendige Ergänzungen dessen, was schon da ist, falls man nicht einen erheblichen finanziellen Nachtheil für den Staat herbeiführen will. Die Berliner Verbindungsbahn in ihrem jetzigen Zustande ist geradezu polizeiwidrig und die Polizei wird sich auch nächstens genöthigt sehen den Verkehr dort zu inhibiren, und was daraus entstehen wird, wenn die Bahnen, die nach Osten gehen, außer Verbindung sind mit denjenigen, die nach Westen führen, läßt sich leicht ermessen. Außerdem wird diese Bahn mit jedem Jahre Aufschub eine halbe Million theurer. Es muß hier also Rath geschafft werden, wenn wenigstens begründeten Beschwerden abgeholfen werden soll. Ich kann endlich auch nicht die Privatbahnen drängen, ihre Betriebsmittel zu vermehren, wenn ich es nicht bei den Staatsbahnen zuerst thue.

Herr Dr. Dernburg: Die Veräußerung von Staatseisenbahnen ohne Zustimmung des Landtages sei allerdings verfassungswidrig; er stütze sich dabei auf Art. 103 der Verfassung. Hier handle es sich darum, ein Prinzip festzustellen bei Gelegenheit einer diesem Prinzip eigentlich fremden Sache. Aber man dürfe dabei nicht so weit gehen, um die Sache selber in Frage zu stellen; dazu sei gegenwärtig die Zeit nicht angethan, wo man vielmehr das Ministerium in jeder Hinsicht unterstützen müsse. Aus diesem Grunde werde er auch nicht für den Kommissionsantrag, sondern für die Regierungsvorlage stimmen.

Herr v. Senfft-Pilsach: Auch sachlich sei die Vorlage von der Kommission sehr ernst geprüft und allgemein sei die Dringlichkeit und das Wünschenswerthe derselben anerkannt. Der Vorwurf des Handelsministers gegen das Haus sei daher unbegründet. Unberechtigten Forderungen des anderen Hauses entgegenzutreten, sei aber um so mehr Grund vorhanden, je höher diese Forderungen angespannt wären.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Nachdem der Berichterstatter Dr. Ellwanger den Antrag der Kommission noch einmal gegenüber den anderen Vorschlägen befürwortet hat und sich namentlich gegen den §. 6 des Gesetzentwurfs, wie er aus dem Abgeordnetenhause gekommen, gewendet hat, wird die Spezialdiskussion eröffnet.

Justizminister Graf zur Lippe ist während dessen im Hause erschienen.

§. 1 wird darauf ohne Diskussion angenommen.

Zu §. 2 entwickelt Herr v. Tettau in längerer Rede seine Bedenken, die schon im Kommissionsberichte erwähnt sind; Herr Ellwanger sucht dieselben als unbegründet nachzuweisen; §. 2 wird angenommen, ebenso die §§. 3, 4 und 5 ohne weitere Diskussion. Zu §. 6 nimmt noch einmal das Wort

Herr Dr. Baumstark. Er vertheidigt die vom Abgeordnetenhause festgestellte Fassung gegen die Angriffe des Vorredners. Er verwahrt sich dagegen, daß damit ein neuer Konflikt heraufbeschworen werde; das habe vielleicht durch Annahme des Kommissionsantrages des Abgeordnetenhauses geschehen können wegen der allgemeinen Fassung desselben. So aber fühle er sich durch sein Gewissen gedrungen, der jetzigen Fassung seine Zustimmung zu geben.

Herr v. Kleist-Retzow: Die bezügliche Bestimmung, die durch das andere Haus hineingebracht sei, sei sowohl rechtlich wie finanziell unzweckmäßig. Zu den Argumenten gegen den Kommissionsantrag dieses Hauses müsse er sagen, daß quantitative Unterschiede schließlich auch qualitative werden können. Uebrigens sei auch §. 6 des Abgeordnetenhauses, abgesehen davon, daß er eine schwere Verletzung der Exekutive der Staatsregierung enthalte, in sich unklar und passe gar nicht zu dem Gegenstande der Vorlage. Ebenso hätte das Abgeordnetenhaus einen Paragraphen einschieben können, wonach das Herrenhaus abgeschafft werden solle.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Die Vorlage wegen der westphälischen Bahn, die heutige Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten und die in Ihrem Kommissionsbericht citirten Stellen aus dem Landrecht stehen alle in einem nothwendigen Zusammenhange. Es geht aber zugleich daraus hervor, daß zu einer verfassungsmäßigen Differenz kein genügender Gegenstand vorhanden ist, daß es also vollkommen richtig ist, daß der §. 6 in der Fassung des Abgeordnetenhauses nicht zulässig ist, daß er ersetzt werden muß durch den §. 6, wie Ihre Kommission ihn zur Annahme vorschlägt.

Der §. 6 nach dem Antrage der Kommission wird angenommen, es fällt damit der §. 6 des Abgeordnetenhauses sowie das Amendement Baumstark. — §. 7 wird gleichfalls angenommen.

Das ganze Gesetz in der so festgestellten Fassung wird darauf mit großer Majorität gegen etwa 10 Stimmen genehmigt.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der XI. Kommission über das Gesetz, betreffend den Schutz wahrheitsgetreuer, durch die Presse erstatteten Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. — Die Kommission, deren Berathung kein Vertreter der Staatsregierung beigewohnt hat, beantragt das Gesetz, wie es vom Abgeordnetenhause angenommen worden ist, zu genehmigen. — Referent Dr. Heffter verzichtet auf das Wort.

Graf Brühl erklärt sich gegen das Gesetz, da gar kein Beweggrund vorhanden wäre, den Zeitungen eine so große Befugniß einzuräumen. Es ist übrigens, fuhr er fort, eine interessante Erscheinung, daß das Abgeordnetenhaus jetzt den Ausspruch des Obertribunals über Art. 84 der Verfassungsurkunde anerkannt hat. Denn dadurch, daß Art. 84 nicht wörtlich in das Reichswahlgesetz aufgenommen worden, sondern statt „Meinungen" „Aeußerungen" gesetzt worden ist, hat man die Ansicht des Obertribunals für richtig erklärt. Die Verhandlungen des Reichstages würden doch sonst durch die Zeitungen ungestraft zu veröffentlichen, denn es ist die Hauptabsicht der Redner, daß ihre Aeußerungen durch die Presse im ganzen Volke bekannt werden; darf nicht Alles veröffentlicht werden, so werden sich die Redner selbst Zaum anlegen und ihre Reden danach einrichten. Die Freiheit der Presse ist uns schon umfassend genug, und es ist nicht wünschenswerth, daß die preußischen Zeitungen noch vor den übrigen deutschen bevorzugt werden.

Ministerpräsident Graf Bismark: Die Staatsregierung glaubt in der Bewilligung der Redefreiheit dem Reichstage gegenüber so weit gegangen zu sein, wie es von irgend einer Seite verlangt worden ist. Etwas anderes aber ist die Freiheit der Rede, etwas anderes die Freiheit, sie zu drucken. Ich will nicht darauf hinweisen, daß man einem größeren und weniger urtheilsfähigen Publikum durch die öffentlichen Blätter spricht als von der Tribüne herab, sondern namentlich auf den Umstand, daß im Parlamente selber jede Meinungsäußerung ihr Korrektiv finden kann von derselben Tribüne her. Dies Korrektiv fehlt aber gerade da, wo es am nöthigsten ist. Denn gerade in Kreisen, wo das selbstständige Urtheil mehr mangelt, wird man nicht zwei Zeitungen halten, um sich unparteiisch über die Verhandlungen zu unterrichten. Man hält nur eine, und diese pflegt nur die extremsten Reden im Sinne ihrer Partei wiederzugeben. Derjenige, der das liest, ist nicht in der Lage, diese Aeußerungen und Parteiauffassungen nach dem Maße der Widerlegung, die sie erfahren haben, abzuwägen und sich das Richtige aus dem Widerstreit verschiedener Meinungen herauszuziehen, sondern er liest eben nur den einen Redner, der gerade der Freund der Zeitung ist, die er hält. Ich führe dies an, um die Regierung zu rechtfertigen und darzulegen, daß sie nur gleiche Vertheilung von Sonne und Wind bei dieser Gelegenheit wünscht auch in derjenigen Arena, die nur dem Zeitungsleser zugänglich ist. Dies ist aber in einem solchen Kreise unerreichbar und das Korrektiv des Strafgesetzes daher unentbehrlich, weil parlamentarische Excesse im Publikum kein anderes Korrektiv finden. Außerdem ist es sehr fraglich, ob es überhaupt der Entwickelung der deutschen Verfassung förderlich ist, wenn den Parteien das Mittel der Aufregung, welches die Presse bietet, in uneingeschränktem Maße bewilligt wird. Das Parteiwesen ist bei uns durch die Gewohnheit noch nicht so weit abgemildert, daß jede Partei das Vaterland höher stellte, als die Partei. Wir haben darüber noch in der jüngsten Zeit traurige Erfahrungen gemacht; wir haben gesehen, daß die Eitelkeit doch schließlich höher steht als das Interesse für das Gedeihen der Nation. Hoffen wir, daß nicht die schlimmsten Vertreter nach dieser Richtung hin gewählt werden; aber immerhin ist es doch möglich, daß Leute, die jeden Staatszweck negiren, gewählt werden.

Nehmen Sie den Fall an, daß Leute, die sich vom Vaterlande vollständig losgesagt, und zwar schadlos losgesagt, die offenkundig im Solde des Auslandes gegen ihr Vaterland reden und schreiben, nehmen Sie an, daß solche Leute gewählt werden, — und es werden ja wohl derartige Personen als Kandidaten genannt — mit dem Rechte, beliebige Zeitungsartikel straflos zu diktiren, so so kann damit, das ist unleugbar, ein gewaltiger Mißbrauch getrieben werden, dem man unmöglich freien Spielraum gewähren kann.

Herr v. Bernuth befürwortet den Kommissionsantrag und tritt den Ausführungen des Ministerpräsidenten entgegen, in denen er übrigens eine direkte Erklärung vermißt, und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Staatsregierung in der Kommission nicht vertreten war. Das vorgeschlagene Gesetz ist durchaus gerechfertigt und vollständig korrespondirend mit der betr. Bestimmung der preußischen Verfassungsurkunde, und ist ein nothwendiges Korrelat zur Redefreiheit der Abgeordneten, die für den Norddeutschen Reichstag gleichfalls garantirt ist. Die Gefahr, die daraus entstehen könnte, ist nicht so groß, wie sie der Herr Ministerpräsident darzustellen versucht hat. Die bei weitem größte Mehrzahl der Abgeordneten wird ja doch aus Männern bestehen, welche die deutsche Politik Preußens unterstützen; einzelne preußenfeindliche Redner werden dann im Hause widerlegt werden, und dies wird durch die Presse gleichfalls geschehen.

Ministerpräsident Graf Bismark: Der Grund, weshalb kein Regierungs-Kommissar in den Kommissionssitzungen anwesend war, liegt darin, daß das Haus keine konstante Praxis bei der Benachrichtigung von diesen Sitzungen festhält; es scheint nämlich diesmal eine besondere Benachrichtigung der Ressortminister nicht stattgefunden zu haben. — Den Grund, den der Herr Vorredner für das Gesetz angeführt hat, daß in unserer Verfassung eine ähnliche Einrichtung getroffen sei, kann ich nicht anerkennen. Die Thatsache ist allerdings richtig, ich komme aber nicht zu demselben Schlusse. Wenn es sich in unserer Landesverfassung de lege ferenda handelte, würde ich ebenso gegen diese Bestimmung sein. So ganz gering, wie der Herr Vorredner meint, sind die Uebelstände doch nicht, die daraus entstehen, wenn einzelne Abgeordnete am Reichstage, oder auch nur ein mit fremden Gelde gekaufter Abgeordneter das Privilegium hat, Reden landesverrätherischen Inhalts ungestraft zu halten und in Tausenden von Exemplaren im Lande zu verbreiten.

Herr v. Senfft-Pilsach spricht gleichfall für Ablehnung des Gesetzes, damit unter dem Titel „Aeußerungen und Meinungen" nicht alle Arten von Verläumdungen, Injurien und Majestätsverbrechen begangen werden.

Herr v. Kleist-Retzow schließt sich dem Vorredner an und entschuldigt die Majorität der Kommission, weil sie die Annahme des Gesetzes empfohlen. Dies komme daher, weil man die Intentionen der Staatsregierung nicht gekannt habe; weder im Abgeordnetenhause, noch in der Kommission des Herrenhauses habe sie sich darüber geäußert.

Herr v. Meding (Vorsitzender der Kommission) erklärt, daß er nunmehr auch gegen das Gesetz stimmen werde, und bittet das Gesetz entweder abzulehnen oder nochmals an die Kommisssion zurückzuweisen.

Ref. Heffter befürwortet den Kommissionsantrag; Herr v. Bernuth erklärt sich gegen den Antrag auf die Zurückweisung an die Kommission. — Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird nicht hinreichend unterstützt; darauf wird über das Gesetz abgestimmt; dasselbe wird jedoch mit allen gegen 8—10 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmten auch die Minister Bismarck, Itzenplitz und Lippe.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission über die Allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der Jahre 1859, 1860, 1861, 1862 und 1863. Die Anträge derselben welche den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gleichen, werden ohne Debatte angenommen.

Fünfter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Handel über die am 2. November 1865 zwischen Preußen, Oestreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei abgeschlossene Konvention unter dem Titel: „Acte public relatif à la navigation des embouchures du Danube." Dem Antrage der Kommission auf Genehmigung wird ohne Debatte zugestimmt.

Sechster Gegenstand der T.-O. ist der Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften.

Die §§. 32 und 58, welche die Hauptänderungen enthalten, lauten:

§. 32. „Die königliche Regierung ist befugt, einen Kommissar zu bestellen, der das Recht hat, den Versammlungen der Genossenschaftsorgane beizuwohnen und von den Büchern, Rechnungen und sonstigen Schriftstücken der Genossenschaften, sowie ihren Kassen und Anstalten, Einsicht zu nehmen."

§. 58. „Zur Vermittelung des Geschäftsbetriebes der Genossenschaftskassen, welche dies in Anspruch nehmen, wird die königliche Staatsregierung eine Centralkasse einrichten und diese mit einem Betriebsfonds von 2 Millionen Thalern dotiren."

Referent Dr. Dernburg skizzirt kurz die Entstehnngsgeschichte der Genossenschaften, welche ein gesundes sociales Prinzip enthalten und die korporative Idee realisiren. Die großen Nachtheile, die sie durch ihre bisherige Lage erlitten, fordern dringend Abhilfe; und je mehr sie auswüchsen, desto mehr würden sie auch aus dem Parteitreiben hinauskommen. Der Widerspruch der Verhältnisse der Genossenschaft mit dem, was sonst Recht ist, sei nicht aus den Augen zu lassen. In derselben könne der Einzelne die Vollmacht, welche er giebt, nicht jeden Augenblick wieder zurückziehen und entbehre so der Handhabe zur Kontrolle. Der Gesetzentwurf habe nicht Alles genügend berücksichtigt und die Kommission mußte deswegen wenigstens einige Sicherungsmaßregeln vorschlagen. Es sind jedoch von der Majorität einzelne Mittel beliebt worden, mit denen sich Referent nicht einverstanden erklären kann. Einstimmig aber war man der Ansicht, daß die Genossenschaften gefördert werden müssen. Ich hoffe, schließt Redner, daß die erste Korporation des Landes in diesem Sinne für die niederen Korporationen sorgen wird.

Herr v. Kleist-Retzow mißt den Genossenschaften bis jetzt keineswegs eine große Bedeutung bei, weil sie ungenügend eingerichtet seien; die einzige Art, die Beachtung verdiene, seien die Vorschußvereine. Jetzt ist dies Alles aber nur eine Organisation eines Staats im Staate unter einem Führer, der der Regierung und der Kirche feindlich ist. Der vorliegende Entwurf, in welchem die Regierung durchaus keine eignen Gedanken habe, sei eine Bankerott-Erklärung derselben; er sei von ihrem Feinde auf Leben und Tod verfaßt und sie verlange selber, daß das Herrenhaus, ihr Freund auf Leben und Tod, ihn annehmen solle. Es sei schon selbstverständlich, daß ein Gesetzentwurf, der von Schultze-Delitzsch stamme, ohne Aenderungen vom Herrenhause nicht angenommen werden könne. Schon die politische Gefährlichkeit derselben sei bedenklich; außerdem aber hätten die Mitglieder derselben neben dem Handelsgesetzbuch eine exorbitant bevorzugte Stellung. Dafür soll in milder Weise Abhülfe geschaffen werden. Es sei rührend, wie sich die einzelnen quälen müßten; deswegen sei der richtige Vorschlag einer Staatsunterstützung von zwei Millionen gemacht. Außerdem aber müsse im Interesse der Kassen und des Kredits der Mitglieder nothwendig eine solche Centralkasse existiren. Den Kommissar aber, gegen welchen die Regierung so sehr eifere, werde man gar nicht ungern sehen, sondern er werde bald wie ein Vater von seinen Kindern geliebt werden. Es sei dies die mildeste Art, wie der Staat mit den Genossenschaften in steter Verbindung bleibe. Außerdem sei das das gute alte preußische System. Werden diese Garantien gegen die Uebelstände, die das Blühen des Genossenschaftswesens mit sich bringen, nicht gegeben, so müsse er gegen das Gesetz stimmen.

Der Antrag auf Vertagung wird gestellt; Handelsminister Graf Itzenplitz bittet, selbst im Falle der Annahme der Vertagung, ihm noch das Wort zu geben, damit er den Standpunkt der Staatsregierung darlegen könne. — Der Antrag auf Vertagung wird angenommen.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Die Staatsregierung hält das vorliegende Gesetz für durchaus nützlich und hat schon seit Jahren das Zustandekommen desselben angestrebt. Sie wünscht deshalb dringend, daß es in dieser Saison noch zu Stande komme. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß die Personen, die das Gesetz verlangen, Billiges wünschen; und es sind das Personen, die unter sich einen großen Theil der Lasten des Lebens tragen. Wenn diese nun noch dadurch gehindert werden, daß es keine gesetzliche Form für die Gesellschaften, von denen sie Abhülfe hoffen, giebt, so muß ihnen eine solche gegeben werden; es ist dies die Pflicht der Staatsregierung. Seit drei Jahren ist die Frage nun schon hin und her erörtert worden, und jetzt liegt es lediglich an Ihnen, ob die Sache zu Stande kommen soll. Die Regierung hat die ihr nöthig erscheinenden Vorsichtsmaßregeln vorgeschlagen: das andere Haus hat sie angenommen; es ist dies ein Beweis dafür, daß es sich in den Genossenschaften nicht blos um Politik, sondern um wirklich materielle Sachen handelt. Ich möchte wünschen, daß dieses Haus nun nicht das Gute hinderte in der Absicht, etwas Besseres noch anzubahnen. Die Staatsregierung wünschte Anfangs allerdings eine Konzession der Oberpräsidenten zur Bildung der Genossenschaften; das andere Haus hat dem nicht beigestimmt; die Staatsregierung ging aber von der Tendenz aus, den Ansprüchen jener Leute bald gerecht zu werden und war damit einverstanden; sie würde es nun auch durchaus für wünschenswerth halten, daß Sie diesen Klassen der Bevölkerung durch unveränderte Annahme des Gesetzes zu Hülfe kommen und alle Amendements verwerfen. Irgend eine Aenderung ist der Verwerfung gleich zu achten, da das Gesetz dann in dieser Session nicht mehr zu Stande kommen und eine drei Jahre lange Arbeit dann verloren sein werde.

Die Sitzung wird darauf um $3^{1}/_{4}$ Uhr vertagt; nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über das Genossenschaftsgesetz; Eisenbahnvorlage; Pommersches Lehnsgesetz; Vertrag mit Thurn und Taxis.

Parlamentarische Nachrichten.

4' Berlin, 4. Februar. Die heutige Sitzung des Herrenhauses darf als eine der merkwürdigsten Vorgänge dieser bedeutungsvollen Landtagssession angesehen werden. Niemand ahnte auch nur in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit eines Widerspruches der Regierung gegen das im Abgeordnetenhause einstimmig angenommene Gesetz wegen Ausdehnung des §. 38 des Preßgesetzes (Schutz wahrheitsgetreuer Berichte über Landtagsverhandlungen durch die Presse) auf die Verhandlungen des Parlaments des Norddeutschen Bundes. Die Regierung war weder in der Kommission, noch im Plenum des Abgeordnetenhauses vertreten. Hier pochte der Abg. v. Vincke (Hagen) auf die Selbstverständlichkeit der Annahme des Gesetzes Seitens der Regierung. Die Kommission des Herrenhauses schien diese Ansicht zu theilen und beantragte gegen 2 Stimmen Annahme eines Gesetzes, welches eigentlich in das Wahlgesetz so gut, wie die Redefreiheit, hätte hineingebracht werden können. Graf Brühl, der Rückschrittsmann par excellence, schien ein wenig bedeutsamer Gegner, da — erhebt sich der Ministerpräsident, um seinerseits das Gesetz zu bekämpfen, und — nur 10 Mann erhoben sich bei der Abstimmung dafür!!

Somit ist also jeder noch so wahrheitsgetreue Bericht über die Parlaments-Verhandlungen vogelfrei, was darf nunmehr mitgetheilt werden - - was nicht? Der Auslegungs- und Vieldeutigkeits-Liebhaberei ist da Thür und Thor geöffnet und wie wird es mit den stenographischen Berichten? Ihre Verbreitung über die Kreise der Parlamentsmitglieder hinaus bleibt immerhin gewagt und so wird denn wohl die ausländische Presse vollständigere Berichte über die Parlamentsverhandlnngen geben können, als es der inländischen möglich sein wird. In diesem Augenblick darf man diese Wendung der Frage um so mehr bedauern, als die Wogen der Wahlbewegung hier ohnehin schon hoch genug gehen und den auf positivem Boden stehenden Elementen, das Ankämpfen gegen radikale Elemente ein neues, schwer zu besiegendes Hinderniß entgegentritt. In der Stadt verbreitete sich das Gerücht von dem Vorgange wie ein Lauffeuer und rief auf der einen Seite Niedergeschlagenheit, auf der andern Schadenfreude hervor. Es ist gerade noch Zeit genug die Wirkungen schon in den Wahlversammlungen der nächsten Tage erleben zu können.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. Februar. Durch eine Allerh. Ordre vom 6. November pr. ist bestimmt worden, daß Anträge auf Verleihung des Erinnerungskreuzes für den vorjährigen Feldzug an solche Personen, welche nach Inhalt des in der Gesetz-Sammlung abgedruckten Statuts vom 20. September pr. dazu nicht unzweifelhaft berechtigt sind, von dem Kriegsministerium nochmals zu prüfen und, insofern sie nicht als unbegründet zurückgewiesen werden, zur Allerh. Entscheidung vorzulegen seien. — Ferner ist durch eine Allerh. Ordre vom 17. November pr. in Erweiterung des Statuts vom 20. September pr. auch denjenigen Aerzten, Seelsorgern, Krankenträgern und Krankenwärtern, welche im Dienste des Johanniter- oder Malteser-Ordens auf den Gefechtsfeldern in den in Feindesland errichteten Kriegslazarethen bis zum 2. August pr. thätig gewesen sind, so wie denjenigen Frauen und Jungfrauen, welche sich in den vorerwähnten Kriegslazarethen bis zu dem angegebenen Zeitpunkte freiwillig der Pflege der Verwundeten und Kranken unterzogen haben, der Anspruch auf das Erinnerungskreuz für Nicht-Kombattanten verliehen worden. Zufolge dessen ist an sämmtliche Kreisbehörden die Anweisung ergangen, derartige Anträge anzunehmen und den höheren Behörden einzureichen.

— Wie der hiesige „Dziennik" aus Berlin erfährt, hat Sonntag am 3. d. Mts. Ihre Majestät die Königin Augusta, begleitet von der Hofdame Gräfin Brühl, den verwundeten Lieutenant vom 10. Ulanenregiment, Heinrich v. Taczanowski aus Slawoszewo, in der Diakonissenanstalt Bethanien mit einem Besuch beehrt. Hr. v. Taczanowski hatte in dem Gefecht bei Tobitschau in Mähren ein Bein gebrochen, nachdem er schwer verwundet worden. In Folge schlechter Behandlung mußte das Bein noch einmal gebrochen werden, um Lahmheit zu verhüten. Der Kranke hat die Operation glücklich überstanden und sein Zustand ist zufriedenstellend. Die Königin hat befohlen, ihr zu melden, wenn die Mutter des Herrn v. Taczanowski in Berlin anwesend sein werde, um dieser Dame alsdann Allerhöchstihre Theilnahme auszusprechen.

— [Theater.] Auch in diesem Winter absorbirt die Oper das ganze, hier für das Theater herrschende Interesse so sehr, daß das Schau- und Lustspiel keine nennenswerthe Beachtung mehr findet. Das vortreffliche Benedix'sche Lustspiel „der Störenfried" ging heute vor leeren Bänken über die Bühne. Die Besetzung war gut und ihr entsprechend auch das Zusammenspiel, das nichts zu wünschen übrig ließ. Das Personal verdient um so mehr Anerkennung, da es Angesichts des leeren Hauses die Sache nicht leichter nimmt, sondern mit voller Hingabe agirt. Es mag dies schwer sein, aber die Gewohnheit erleichtert es mit der Zeit.

— [Realschul-Stipendium.] Bekanntlich hat unser Mitbürger, Herr Stadtrath und Abgeordneter Berger, nicht blos die Summe von 50,000 Thlrn. der Stadt Posen zum Bau des neuen Realschulgebäudes geschenkt und diese Schenkung zum Zweck des Ausschlusses jeder Einmischung der sonstigen Aufsichtsbehörden ausdrücklich nicht an die Realschule, sondern an die Stadt Posen gemacht — sondern, nachdem die Ausführung des Baues die vorerwähnte Summe um 15,000 Thlr. überschritten hat, hat er auch diesen Mehrkostenbetrag übernommen und daran nur die eine Bedingung geknüpft, daß Seitens der Stadt ein Stipendium für würdige Schüler der Anstalt gestiftet werden solle. In Folge dessen ist nun im Schooße der städtischen Behörden beschlossen worden, daß zu diesem Zwecke die Summe von 4000 Thlrn. ausgesetzt, dieses Kapital zu 5 pCt. verzinst und der sich hieraus ergebende jährliche Ertrag von 200 Thalern unter zwei frühere Schüler der Anstalt gleichmäßig derartig vertheilt werden soll, daß jedes Stipendium auf 2 Jahre verliehen und in halbjährigen Raten mit je 50 Thalern zu Ostern und Michaelis jeden Jahres pränumerando ausgezahlt wird. Anspruch auf Gewährung des Stipendiums haben nur solche Schüler, welche die städtische Realschule durchgemacht, das Abiturienten-Examen bestanden haben und sich durch Studien auf den Universitäten oder den damit verbundenen technischen Anstalten ihre weitere Ausbildung erwerben wollen; die Wahl unter den Bewerbern steht ausschließlich dem Magistrate zu und kann dieser auch das bereits ertheilte Stipendium wieder zurücknehmen, wenn der Empfänger sich desselben durch schlechtes Betragen oder notorischen Unfleiß unwürdig macht, wie denn auch die Zahlung von selbst aufhört, wenn der Empfänger noch im Laufe der vorerwähnten zwei Jahre die Universität, beziehungsweise technische Anstalt verläßt. Tritt einmal der Fall ein, daß wegen Mangels an würdigen Bewerbern das Stipendium zeitweilig nicht vergeben wird, und also ruht, so soll der Be-

trag desselben asservirt und dann dem Magistrat das Recht zustehen, dasselbe ausnahmsweise einem dritten oder mehreren Bewerbern zu bewilligen. Dies die wesentlichen Punkte des Statuts; falls dasselbe die vorschriftsmäßige Genehmigung erlangt, wird die erste Vertheilung der Stipendien voraussichtlich schon zum 1. April d. J. erfolgen können.

B. — [Vorlesungen über französische Literatur.] Professor Freymond hielt Sonntag den 3. Februar seinen angekündigten Vortrag über Béranger vor einem zahlreichen Publikum. Béranger wurde 1780 in Paris von armen Eltern geboren und von seinem Großvater, einem armen Schneider, erzogen. Seine Schulbildung war sehr vernachlässigt und erst, als er bei einem Buchdrucker in die Lehre trat, eignete er sich die Anfangsgründe der Rechtsschreibung, so wie einige Begriffe über Styl und Versbau an. Die Geschicke seiner Jugend hat er später in dem Gedichte: le tailleur et la Fée besungen. Der damalige Senator Lucien Bonaparte machte die Bekanntschaft des jungen Béranger und wies ihm zu seiner Unterstützung das eigene ihm als Mitglied des Instituts zukommende Jahresgehalt an. Daher die Dankbarkeit und Anhänglichkeit an die Familie Bonaparte und die Begeisterung, womit die Chansons von B. für den großen Kaiser Napoleon erfüllt sind. Seine ersten großen Erfolge erlangte B. durch das Gedicht: „le roi d'Yvetot“, worin man eine Satire auf Ludwig XVIII. erkannte. Der Dichter wurde nun ein Gegenstand gerichtlicher Verfolgung, und mußte seine Kühnheit, womit er die Thorheiten seiner Zeit geißelte, durch wiederholte Kerkerstrafen abbüßen. An der Julirevolution 1830 nahm er thätigen Antheil. Man wollte ihn, als er ein volksbeliebter Dichter in Frankreich wurde, mit Aemtern und Würden überhäufen, die er aber beständig ablehnte. Als B. im Jahre 1857 starb und man Unruhen befürchtete, wurde er auf kaiserliche Kosten unter militärischer Eskorte beerdigt. Der Vortragende schilderte mit beredten Worten den Zusammenhang der Lebensverhältnisse des B. mit seinen Gedichten, die der Erguß seiner innerlichsten Empfindungen sind.

— [Wasserstand.] Das Wasser der Warthe, welches am Pegel die beträchtliche Höhe von 9 Fuß 5 Zoll erreicht hat, überfluthet bereits beide Ueberfälle des Verdychowoer Dammes. Nach den Nachrichten des Hauptzollamtes zu Pogorzelice hatte die Warthe am dortigen Pegel am 2. d. Mts. um 10 Uhr Vormittags eine Höhe von 9 Fuß 1 Zoll, um 2 Uhr selbigen Tages 9 Fuß 5 Zoll; am 3. d. M. aber nur 9 Fuß 4 Zoll.

Neustadt b. P., 2. Februar. [Feuer; hohes Alter.] Am 29. v. M. Abends bemerkte man in der Gegend von Pinne einen hellen Schein, welcher eine Feuersbrunst vermuthen ließ, trotzdem es zur Zeit stark regnete. Wie ich erfahre, brannte in dem 1/4 Meile von Pinne belegenen Dorfe Luboszesnica eine Scheuer nebst deren Inhalt, welcher aus der ganzen vorjährigen Ernte des Besitzers bestanden haben soll, total nieder.

Während die Entstehungsart dieses Feuers noch unbekannt geblieben, ist die Vermuthung sehr nahe, daß der im Herbste in Pinne vorgekommene Flügesche Mühlenbrand einer ruchlosen That zuzuschreiben ist, und ist Seitens der Behörden auf die Ermittelung des Ruchlosen ein Preis von 100 Thlr. gesetzt worden. — Vor Kurzem starb hier der Bürger und Schuhmachermeister Urbanek in dem hohen Alter von 106 Jahren. Derselbe war bis zu seinem Lebensabend noch ganz rüstig und besuchte bis kurz vor seinem Tode tagtäglich die Kirche.

§. Rawicz, 3. Februar. [Gesundheits-Pflegeverein.] In der stattgehabten Generalversammlung des hiesigen Gesundheits-Pflegevereins stattete der Vorsitzende desselben, Rektor Cohn, den Jahresbericht ab. Darnach beträgt gegenwärtig die Zahl der Ehrenmitglieder 38, die der anspruchsberechtigten Mitglieder 87. Die Einnahmen beliefen sich im verflossenen Jahre auf circa 400 Thlr., die Ausgaben auf ungefähr 360 Thler., so daß der Verein mit einem Bestande von 40 Thlrn. abschließt, ein Resultat, das man im Hinblick auf die Epidemie im letzten Spätsommer, welche auch unsere Stadt nicht verschont hat, in der That recht günstig nennen kann. Zur Erläuterung der angeführten Daten, zugleich aber auch in der Ueberzeugung, daß das in Rede stehende Justitut auch anderwärts zur Nachahmung Berücksichtigung verdient, möge es gestattet sein, bei dem Gegenstande ein wenig ausführlicher zu verweilen.

Der Verein, der beiläufig bereits seit 16 Jahren hier existirt, will hauptsächlich denen bei Krankheitsfällen zu Hülfe kommen, welche nicht vermögend genug sind, ohne Vereinigung mit andern dergleichen Krisen finanziell zu bestehen. Daher gewährt er nur denen Aufnahme, deren Einkommen den Maximalsatz von 400 Thlr., resp. deren jährliche Kommunalsteuer den Betrag von 10 Thlr. nicht übersteigt. Andererseits aber sind wieder von ihm notorisch Arme ausgeschlossen, weil deren Pflege Sache der Kommune ist. Der monatliche Beitrag beträgt nur 6 Sgr. Gegen Entrichtung dieser geringfügigen Summe erhält bei vorkommenden Krankheitsfällen jeder Familienvater seine ärztliche Behandlung und seine Medicin, nicht blos für sich, sondern auch für seine Kinder und Eltern, sofern deren Erhaltung ihm obliegt. Der Verein hat 2 Aerzte zu seiner Verfügung, denen die Behandlung der Vereinskranken in Zwischenräumen von je 6 Monaten obliegt, jedoch ist der eine den anderen bei Verhinderungsfällen zu vertreten verpflichtet. Da die Mitgliederzahl des Vereins nicht derartig ist, daß sie aus eigenen Mitteln denselben erhalten könnten, so ist das Institut der Ehrenmitgliedschaft geschaffen worden. Zu demselben gehören alle diejenigen, welche die Subsistenz des Vereins durch monatliche Beiträge decken helfen, ohne an ihn irgend welche Ansprüche zu machen.

In einer der frühern Generalversammlungen war gelegentlich einmal der Vorschlag gemacht worden, den hiesigen Gesundheitspflege-Verein nach den Prinzipien von Schulze-Delitzsch zu reformiren. Der Gegensatz in der Organisation besteht hauptsächlich darin, daß hier eine Ehrenmitgliedschaft überhaupt nicht, am allerwenigsten aber in dem eben bezeichneten Sinne existirt, und daß hier der Familienvater durch seinen Beitritt nicht eo ipso die Mitgliedschaft seiner Familie mitbewirkt, sondern daß hier eine Versicherung pro Kopf eintritt. Der Vorstand hat auch in neuerer Zeit diesem System die vollste Aufmerksamkeit geschenkt und ist zu dem Resultat gekommen, daß das Schulze-Delitz'sche System im Prinzip das bei weitem vorzuziehende ist. Denn indem dasselbe Beiträge von Mitgliedern, die an den Verein keine Ansprüche machen, nicht annimmt, ist hier Leistung und Gegenleistung und damit die Selbsthilfe in reinster Weise durchgeführt. Auch darüber konnte kein Zweifel sein, daß eine Versicherung pro Kopf die allein zweckentsprechende ist, weil nach den gegenwärtigen Statuten die größere Gefahr, welche ein Vater mit zahlreicher Familie dem Verein bringt, gar nicht durch eine erhöhte Prämie paralysirt wird.

* Stenszewo, 3. Febr. Am 5. d. Mts. wird hier eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

B Schrimm, 4. Februar. Der Wasserstand der Warthe ist seit drei Tagen so bedeutend im Steigen, daß man eine ähnliche Ueberschwemmung fürchtet, wie wir sie 1854 hatten, wo das Wasser sogar in einigen Straßen stand, und außerhalb der Stadt, so weit das Auge reichte, nichts als Himmel und Wasser, und nur hin und wieder die Spitze eines Baumes zu sehen war. Diese Befürchtung ist heute sehr rege geworden. Gestern früh war ein auffallend starker Eisgang, der sich in großen, schweren Stücken vor der Brücke staute. Um diese nicht in Gefahr zu bringen, mußte schnell Hülfe geschafft werden, und es ward tüchtig gearbeitet, trotzdem es Sonntag war. In der Nacht ist das Wasser über 4 Fuß gestiegen, und am Tage dauert das Steigen fort. Der Fluß ist längst über seine Ufer getreten und ganze Strecken liegen im Wasser. Ein Badehaus hat die Fluth weit auf das Land gesetzt! und die Bewohner eines Hauses an der sogenannten alten Warthe mußten in der frühesten Morgenstunde eiligst ihre Wohnung verlassen.

Literarisches.

Lorbeerkranz, Gedichte v. F. Haberkamp. Essen, Verlag v. Bädeker. 1866.

Achtunddreißig patriotische Lieder, dem Volke in Waffen gewidmet, zum Theil an unsere siegreichen Generale gerichtet, alle singbar, meistens nach bekannten Volksmelodien. sind ein ganz hübsches Vademecum unseres Soldaten. Die Sprache ist in kerniger Volksthümlichkeit gehalten, der Versbau in natürlicher Einfachheit; die Ausstattung elegant.

Die Preußen in Prag, historischer Roman aus dem letzten deutschen Bruderkriege von Julie Burow (Frau Pfannenschmidt) Forst i. L.

Daß Prädikat „historischer Roman“ ist etwas vielsagend für diese Arbeit, und nur insofern angebracht, als einzelne der handelnden Personen auf böhmischem Boden an der Kriegsaffaire Theil nahmen., Im Uebrigen haben wir nur Schilderungen eines stillen Gemüthslebens vor uns, in denen uns lauter leuchtende Tugendbilder gegenübertreten. Es durchzieht den Roman eine echt religiöse reine Gesinnung, die sich, wie wir es bei der Verfasserin gewohnt sind, in einer gewandten, edlen Sprache Ausdruck giebt.

Landwirthschaftliches.

♀ Krotoschin. — Am 2. Februar hielt der landwirthschaftliche Verein unseres Kreises seine erste diesjährige Sitzung ab. Nach erfolgter Rechnungslegung pro 1866 und Ertheilung der Decharge an den Rendanten nahm eine Mittheilung bezüglich der in Posen errichteten Realkreditbank das Interesse der Versammlung in Anspruch. Obwohl die Bedeutung und Nützlichkeit des Instituts allseitig anerkannt wurde, so erfolgten doch nur 4 Kapitalszeichnungen im Betrage von 5—6000 Thalern, welche geringe Betheiligung dadurch erklärlich ist, daß die deutschen Landwirthe unseres Kreises in überwiegender Mehrzahl Pächter und nicht Besitzer sind. Von den speciell landwirthschaftlichen Vorlagen gab die Frage, ob die Ochsen als Zugvieh abzuschaffen und durch Pferde zu ersetzen wären, desgleichen die proponirte Abschaffung der Dienstkühe und Gewährung eines äquivalenten Quantums von Milch zu längerer Debatte Veranlassung. Behufs Prämiirung bäuerlicher Stuten und Fohlen wurde für den 18. h. die Abhaltung einer Stutenschau in Kozmin beschlossen, bei welcher die Stuten im Interesse der Hebung der Pferdezucht Deckscheine der königl. Beschälstationen als Prämien erhalten sollen, die Fohlen dagegen Geldprämien. Zu letzterem Zwecke hat sich der Verein bisher eines Staatszuschusses, welcher ihm durch den Herrn Oberpräsidenten überwiesen wurde, zu erfreuen gehabt; hoffentlich verbleibt er auch ferner in dem Genusse desselben, da der Bestand der Vereinskasse bei den mäßigen Beiträgen seiner Mitglieder nur gering sein kann. Die Zahl derselben beträgt gegenwärtig 43, ausschließlich Deutsche, während vor dem Jahre 1848, seit welchem die Schärfung der nationalen Gegensätze leider auch auf ursprünglich neutralen Lebensgebieten fühlbar geworden ist, auch polnische Landwirthe dem Verein angehörten. Die ersprießliche Wirksamkeit desselben vermag am besten zu beurtheilen, wem ein längerer Aufenthalt im hiesigen Kreise die Möglichkeit bietet, das Jetzt und Ehedem mit einander zu vergleichen, zumal auch die mehr mittelbare Einwirkung solcher agronomischer Vereine auf den Betrieb kleiner Wirthschaften nicht zu verkennen ist. Haben sich doch jetzt auch unsere bäuerlichen Wirthe von den Vortheilen des Mergelns wie anderer Meliorationen überzeugt. Schließlich nehmen wir Veranlassung, auch des patriotischen Sinnes des hiesigen Vereins zu gedenken, indem derselbe im vorigen Jahre sich an den Festlichkeiten behufs feierlicher Einholung unseres aus dem Felde heimkehrenden Landwehrbataillons und der Landwehreskadron mit einem Beitrage von 150 Thlr. betheiligt hat.

Vermischtes.

Oeffentlicher Vortrag zum Besten der hiesigen Diakonissen-Anstalt.

Den gestrigen Vortrag hielt Herr Kosistorialrath Göbel über Elias und die Baalspriester. Der Redner behandelte die Episode aus dem Leben des Propheten, welche im ersten Buch der Könige Kap. 17. und 18. erzählt ist.

Nach der Theilung des jüdischen Reiches wandte sich Israel mehr und mehr von Jehova ab. Schon Jerobeam hatte den Herrn schwer erzürnt, aber Ahab trieb es schlimmer, als alle seine Vorgänger. Er nahm Isebel zum Weibe, die Tochter Eth Baals, des Königs zu Sidon, und diente dem Baal. Da sprach zu ihm Elias (Kap. 17., 1.): „So wahr der Herr lebet, der Gott Israels, vor dem ich stehe, es soll diese Jahre weder Thau noch Regen kommen, ich sage es denn.“ Und Elias verschwand in der Wüste, wo er sich nach dem Wort des Herrn von Raben ernähren ließ.

Nach drei Jahren, in denen kein Tropfen Wassers die Erde benetzt, erschien Elias wieder in Samaria und stellte sich vor Ahab. Es war große Noth im Lande. Ihr wollte Elias auf Geheiß des Herrn ein Ende machen, aber nur auf die Bedingung, daß das Land wieder zu Jehovah zurückkehre. Er machte den Vorschlag, (V. 19) das ganze Israel auf den Berg Karmel zu versammeln und die 450 Propheten Baals sowie die 400 Propheten des Hains, die vom Tische Isabels aßen. Darauf ging Ahab ein. So wie das Volk versammelt war, appellirte Elias an ein Gottesurtheil. Zwei Farren sollten geopfert werden, eines Jehovah, das andere dem Baal; der Name dieses wie jenes Gottes solle angerufen werden. Welcher Gott mit Feuer antworten werde, der sei Gott. Das ganze Volk war einverstanden.

Das Gebet des Elias wurde erhört. Das Feuer des Herrn fiel herab und fraß Brandopfer, Holz, Steine und Erde und leckte das Wasser auf in der Grube. Nun fiel alles Volk Elia zu. Der aber ließ die Propheten Baals ergreifen, nach dem Bach Kison hinabführen und daselbst schlachten. Sogleich öffnete sich der Himmel und schickte einen reichlichen Segen. Der Redner suchte nun festzustellen, an welchem Orte sich dies Alles zugetragen. In der Schrift heißt es, auf dem Karmel; aber das Gebirge, welches diesen Namen trägt, hat eine Länge von 8 Meilen; auf der vorzugsweise so genannten nach dem Meere zugelegenen Spitze, auf welcher das berühmte Kloster steht, hatte eine so große Volksversammlung nicht Raum, die Beschreibung der Oertlichkeit paßt auch nicht auf sie. Der Bach Kison, in dessen Nähe das Opfer stattfinden mußte, ist 6 Stunden davon entfernt.

Ein holländischer Offizier, v. d. Velde, hat nach sorgfältigen Forschungen den Ort El moraka als den, an welchem die Begebenheit sich zugetragen, festgestellt. Ein Bedenken gegen diese Lokalität habe in der Abwesenheit aller Quellen bestanden, welche doch in der Nähe des von Elias errichteten Altars gewesen sein mußten, da er das Opferthier reichlich mit Wasser begießen ließ. v. d. Velde habe indeß 200' unterhalb des Altars im Felsen einen Quell entdeckt und damit alle Zweifel gelöst. Was das Wunder, daß Feuer vom Himmel fiel, anbetrifft, so ließ der Redner es unerklärt; ein Wunder erklären, heiße es zerstören. Wo das Wunder aufhöre, beginne das Mährchen. Er schloß mit einer Apologie des Elias, indem er die von ihm gebotene Ermordung der Baalspriester hauptsächlich durch die infernale Abgötterei dieser Priesterschaft, welche die Kindesopfer eingeführt hatte, zu rechtfertigen suchte.

Nachtrag.

Wien, 4. Februar. Belcredi's Rücktritt ist unzweifelhaft. Herr v. Beust will die ungarischen Vereinbarungen den Erblanden einfach oktroyiren. Goluchowski ist hier eingetroffen und soll galizischer Hofkanzler werden, so daß Belcredi's Nachfolger blos erbländischer Hofkanzler wäre. Als solcher wird der Statthalter von Istrien, Kellersperg genannt. — Der Kaiser geht den 16. d. Mts. nach Pest. (Tel. Dep. der Bresl. Ztg)

Wien, 4. Februar, Abends. Frhr. v. Kellersperg wird als präsumtiver Verwaltungsminister genannt. Kaiserfeld und Herbst sind herbeigerufen. — Die Aufnahme der Wendung ist eine günstige. (Tel. Dep. der Schles. Z.)

Telegramm.

Florenz, 4. Februar. Das erste Deputirtenbureau verwarf das Kirchengüterprojekt; die „Opinione“ dementirt die behauptete Zurückziehung des Gesetzentwurfs.

Brüssel, 4. Februar. Die Verlobung des Grafen von Flandern mit der Prinzessin von Hohenzollern ist sicher.

Angekommene Fremde

vom 5. Februar.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Bninski aus Chraplewo und Graf Węsierski-Kwilecki aus Wroblewo, Kaufmann Laboschinski aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Wittgenstein aus Bielefeld, Platz aus Bremen, Gerson aus Magdeburg, Bernhardt, Badwitz, Heisser, Heyde und Wennhack aus Berlin, Ollendorf und Hohmann aus Hamburg, Rittergutsbesitzerin Frau v. Treskow aus Owinsk.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Wagenfabrikant Romanowski aus Berlin, Agent Brühl aus Bromberg, Gutsbesitzer Rosenthal aus Grodnow, Fabrikant Richter aus Gleiwitz, Kaufmann Sarius aus Ottmachau, Kreisrichter Blumenthal aus Danzig, Möbelfabrikant Reimarius aus Breslau.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Günther aus Schneeberg, de la Raparlier aus Frankfurt a. M., Claß aus Mainz und Nordheim aus Lyon, Gutsbesitzer v. Heyne aus Tarnowo, Assek.-Inspektor Sprengel aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Zytowski aus Rudzinic, v. Korzynski aus Polen und Frau v. Gutry nebst Töchter aus Paris, Rentier v. Brodowski aus Wongrowitz, Partikulier v. Czachowski aus Tarnowitz, die Kaufleute Karfunkel und Berendt a. Berlin.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Moll aus Lissa, Reetz aus Grätz, Bernau aus Breslau und Reineke aus Stettin, Wachtmeister Homer aus Unruhstadt, Architekt Sternfeld aus Bonn, die Billardfabrikanten Laufree aus Paris und Wahsner aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Kaufmann Groß aus Breslau, Gutsbesitzer Förster aus Czerleino.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Klug aus Rabowice und Scheller aus Maniewo, Rentier Walker aus Berlin, Probst Tronkowski a. Obersitzko.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Leszczynski aus Polen, Geistlicher Rakowski aus Dolzig, Gutsverwalter Wiewiorowski aus Gultowy.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Schreiber aus Bromberg, Hirschlaff aus Tempel, Kuttner aus Wreschen, Kaphan aus Miloslaw, Raphael aus Neustadt b. P. und Frau Saul aus Gnesen.

EICHENER BORN. Kaufmann Fried aus Miloslaw, Fräulein Weiß aus Schrimm, Geschäftsmann Rosenblatt aus Polen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

(Beilage.)

Bekanntmachung.

Die Resubhastation der Rittergüter **Weigmanndorf** und **Lissen** II. Antheils, und der auf den **28. Juni 1867** angesetzte Licitations-**Termin** ist aufgehoben.

Lissa, den 30. Januar 1867.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Die Erben des im Gnesener Kreise verstorbenen Einwohners **Friedrich Lange** werden aufgefordert, sich bei den Gnesener Akten **II. L.** 100/64 zu melden.

Bücher- u. Cigarren-Auktion.

Donnerstag den 7. Februar c. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich im **Auktions-Lokale, Magazinstraße Nr. 1., Bücher** verschiedenen Inhalts, darunter viele alte **theologische Werke,** ferner diverse **Oelgemälde** und **Abdruckbilder,** so wie eine **Partie Cigarren** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski.
königlicher Auktions-Kommissar.

Möbel- ꝛc. Auktion.

Freitag den 8. Februar, Vormittags von 9 Uhr ab werde ich im **Auktionslokal, Magazinstr. Nr. 1.: Sophas, Chaiselongue, Bettstellen, Küchenspinde, Repositorien, Kleidungsstücke, eine Partie guten Pecco-Thee** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, kgl. Auktions-Kommissar.

Ein **Landgut** in deutscher Gegend, ca. 500 Mrg. Areal, überwiegend Gerstenboden, mit reichlichen Wiesen und Torfstich; gut ausgebaut, mit vollständigem lebenden und todten Inventar, zwei Meilen weit von Posen, ist aus freier Hand, ohne Vermittler, zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Ztg.

Lungenschwindsucht heilbar, Schwächezustände alter und junger Männer dauerhaft gehoben. Broschüre u. Konsultation gratis. Briefe franko an Specialarzt ***Dr. Samson,*** (a. Newyork) in Braunschweig.

Wichtig für Fußleidende.

Nur bis **Freitag** den 8. d. M.

Ohne **Messer,** ohne **Pflaster oder Aetzmittel** entferne ich sofort und durchaus **schmerzlos Hühneraugen, Ballen** und **Frostleiden, Nagelkrankheiten** in allen Stadien, Warzen ꝛc. ꝛc. und bin ich täglich von 10—6 Uhr zu konsultiren.

Fußärztin Elise Kessler
aus Berlin,
z. Z. Mylius' Hôtel de Dresde.
Zimmer 19.

Mr. **Geiswillier,** professeur de langue française, donne des leçons de conversation et de littérature. S'adresser à son domicile Wronkerstr. 10. au premier de 11 heures à 1 heure.

Roth- und Weißklee kauft zu **höchsten** Preisen
S. Calvary, Breitestraße 1.

Sämereien

unter Garantie der **Keimfähigkeit** und **Echtheit** der Sorten, empfiehlt den Herren Gutsbesitzern und Wiederverkäufern, welche baldigst ihren Bedarf entnehmen, zu **Vorzugspreisen.**

Geschäft: Berlinerstr. Nr. 13, Posen.

A. Fleissig,
Kunst- und Handelsgärtnerei.

Dekorationen mit Topfgewächsen

zu Bällen, Hochzeiten u. Leichenbegängnissen ꝛc. empfiehlt sich mit eigens für diesen Zweck angekaufter Orangerie billigst

Geschäft: Berlinerstr. 13., Posen.

A. Fleissig,
Kunst- und Handelsgärtnerei.

---

80 Mastochsen,

Kernwaare, trocken (ohne Schlempe) gemästet, stehen auf dem Dominium **Wronczyn** bei Pudewitz, Großherzogthum Posen, zum sofortigen Verkauf.

Die Korrektions-Anstalt zu **Kosten** verkauft **am 18. d. Mts.** Vormittags 11 Uhr **13 Mastochsen und 4 Mastschweine** an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung und sofortige Entnahme derselben.

In der rühmlichst bekannten hiesigen Stammwollschäferei sind im Laufe dieses Sommers (Abnahme nach der Schur) ca. **175** durchaus noch zur Zucht geeignete Mutterschafe preiswürdig zu verkaufen. — Da seit einer langen Reihe von Jahren ausschließlich mit **Boldebucker** Blute gezüchtet ist, so zeichnet sich das Vieh durch großen und starken Körperbau, Wollreichthum und Gesundheit aus, und dürfte besonders gutes Material zur Gründung einer Bockschäferei sein. — Das durchschnittliche Schurgewicht der hiesigen Schäferei ist pro Kopf berechnet 4½ Pfund Zollgewicht bei reiner Wäsche. — Anfragen nimmt der Unterzeichnete direkt entgegen.

***Ihlenz* bei Teterow,**
(Mecklenburg-Schwerin.)

Rud. Jacobson.

Strohhüte wäscht, färbt und modernisirt zu den bekannten billigen Preisen

Pauline Knauth,
Posen, gr. Gerberstr. Nr. 20.

Heute empfing wieder eine Sendung der neuesten Hutformen für die Frühjahrs-Saison und biete daher dem Publikum die reichste Auswahl in jedem Genre. Auch machen es mir direkte Bezüge von einem Schwarzwälder (nicht sächs. od. schles.), italien. und Brüss. Geflecht, möglich

Strohhüte

in bester Qualität zu billigen aber unbedingt festen Preisen zu liefern. Das Modernisiren, Waschen oder Färben wird ebenfalls besorgt.

Strohhutfabrik P. Hahn,
St. Martin 78., Wilhelmsstraßen-Ecke.

Nätherinnen finden lohnende Arbeit.

Echt importirt aus Neu-Granada und Brasilien.

Cigarren von 16—20 Thlr. pro Mille.

Musterkisten von 1/10 und 1/4 Mille 2 Thlr. höher pr. Mille gegen Einsendung des Betrages oder per Postvorschuß.

Bei Aufträgen können sich die verehrten Abnehmer der solidesten Ausführung versichert halten; im nicht konvenirenden Falle wird die Waare franko retour genommen oder ausgetauscht.

Wiederverkäufer bei Bezug größerer Partien erhalten angemessenen Rabatt.

Importirte Havanna-Cigarren. — Echt reine Cuba-Cigarren.

Leipzig. **F. R. Sachse,** Importeur.

Bleichwaaren

für meine schlesische **Rasen**-Bleiche werden vom 1. Februar ab angenommen.

Posen, Markt Nr. 63. **Robert Schmidt,**
vorm. ***Anton Schmidt.***

Um Ratten und Mäuse, selbst wenn solche noch so massenhaft vorhanden sind, sofort spurlos zu vertilgen, offerire ich meine giftfreien Präparate in Schachteln zum Preise von 15 Sgr., welche den in dieser Beziehung so oft und derb getriebenen Prellereien jetzt nunmehr „für immer" ein gewisses Ziel setzen.

E. Sonntagh,
Arkanist und Chemiker in Weichselmünde.

N.B. Alleiniges Depot für **Posen** und Umgegend bei

Herrmann Moegelin,
Bergstraße Nr. 9.

Fr. fette Kieler **Sprotten** und große **Speckbücklinge** empfiehlt Kletschoff, Krämerstr. 1.

Rollaal, Geléeaal, Aalbricken und Neunaugen

empfing und offerirt billigst

Eduard Stiller,
vorm. **F. A. Wuttke,**
Sapiehaplatz 6.

Lotterie.

Die Erneuerung der Loose zur 2. Klasse 135. Lotterie muß bei Verlust des Anrechts bis zum 8. Februar d. J. Abends 6 Uhr planmäßig geschehen.

Posen, den 31. Januar 1867.

Der königliche Lotterie-Obereinnehmer
Fr. Bielefeld.

Königl. Preuß. Landes-Lotterieloose

zur bevorstehenden Ziehung den **12. Februar,** 1/1 für 36⅔ Thlr., 1/2 18⅓ Thlr., 1/4 9⅙ Thlr., 1/8 4⅔ Thlr., 1/16 2⅓ Thlr., 1/32 1⅓ Thlr. 1/64 20 Sgr., verkauft und versendet, **alles auf gedruckten Antheilscheinen,** gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages

die Staats-Effekten-Handlung von
M. Meyer, Stettin.

200,000 Gulden Haupt-Gewinn

der bevorstehenden Ziehung
am 1. März
der großen

Staats-Anlehens-Lotterie

mit Gewinnen von Fl. **200,000, 50,000, 15,000, 10,000, 2 Mal 5000, 3 Mal 2000, 6 Mal 1000, 15 Mal 500, 30 Mal 400, 740 Mal 145;** welche unbedingt an diesem Tage gezogen werden müssen. Zur Betheiligung **mit ½ Loose** an dieser Ziehung à **1 Thlr.,** und mit 1/1 **Loose** à **2 Thlr.** beliebe man sich baldigst an Unterzeichneten zu wenden, welcher Aufträge gegen baar oder Nachnahme prompt effektuirt. Pläne und Listen gratis und franko.

Chr. Chr. Fuchs
in Frankfurt a/M.

Pr. Lotterie-Loose, Orig. auch Anth., verk. u. versendet ***Sutor*,** Landsbergerstraße Nr. 47., Berlin.

St. Martin Nr. 57. Parterre ist wieder täglich aus G a r b y frische **Tafelbutter,** à Pfd. 9 Sgr., und **Kuhkäse,** à Stück 5 Pf., zu haben.

---

3 schöne Quartiere, mit auch ohne Stallung, von April, auch theilweise jetzt Mühlenstr. 3. z. verm.

St. Martin Nr. 76. ist eine Wohnung, aus einem Entrée, 5 Stuben, Küche, 3 Kammern, Keller, Holzstall bestehend, vom 1. April 1867 ab zu vermiethen.

Wendland.

Breslauerstraße Nr. 19. ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer ist **Wasserstr. 25.** im 2. Stock zu vermiethen.

Zwei Wohnungen, jede 2 Zimmer, Küche nebst Zubehör zu vermiethen vom 1. April **St. Martin 34.**

Eine Stube mit oder ohne Möbel sofort an 1 Herrn oder Dame zu vermiethen; Näheres bei ***A. Fischbach,*** Wronkerstr. 18.

Markt Nr. 93. ist ein **Laden mit Schaufenster** vom 1. April c. zu vermiethen.

Berlinerstraße 16. Parterre ist sofort ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Ein unverheiratheter solider **Gärtner** findet sofort eine Anstellung auf einem Ritterguie. Näheres in der Kunst- und Handelsgärtnerei und Samenhandlung von ***A. Fleissig.***
Ladengeschäft Berlinerstr. 13.

Ein Cand. theol., musik., wird bei 2 Knaben zum 1. April c. verlangt. Gefällige Offerten unter ***Myślątkowo*** pr. ***Orchowo.***

Ein tüchtiger **Hofbeamter,** der polnischen und deutschen Sprache mächtig, findet sofort oder zum 1. März eine Stelle auf dem Dom. Brody bei Neustadt b. P. Näheres bei persönlicher Vorstellung.

Ein unverheiratheter **Gärtner,** gut empfohlen, wird verlangt vom Dominium ***Myślątkowo*** pr. ***Orchowo.***

Das Dominium B i a l ę ż y c e bei Wreschen sucht einen ordentlichen deutschen, der polnischen Sprache mächtigen **Wirthschafts-Beamten.** Anmeldungen nebst Atteste sind franko einzureichen.

Ein **tüchtiger Conditorgehülfe** findet bei einem Salair von 9—11 Thlr. sogleich dauernde Condition bei

A. L. Reid, Bromberg.

Einen Laufburschen verlangt **J. G. Ehlert,**
Breslauerstr. 32.

Zwei Söhne **achtbarer** Eltern finden in meinem

Material- und Destillations-Geschäft

zu Ostern d. J. als Lehrlinge Aufnahme.

Carl Streich, Stettin.

Einen Lehrling s. ***O. Strölau,*** Uhrmacher.

Eine **geprüft. Erzieherin,** ev. Konfession, sucht von Ostern d. J. ab ein passendes Engagement. Gef. Offerten werden gebeten unter der Chiffre ***R. M.*** an die Firma **A. Schöneich,** Posen, zu senden.

Ein armes Mädchen ersucht Herrschaften, einen Knaben, der zwei Monate alt ist und sich im besten Wohlsein befindet, für ihr eignes Kind annehmen zu wollen. Meldungen werden in der Exped. d. Ztg. entgegengenommen.

Ein junger, weiß und braun gefleckter **Affenpintscher** ist abhanden gekommen. Abzugeben gegen Belohnung im Bureau kl. Gerberstr. 8.

Ich warne Jeden hiermit, meinem Lehrlinge **Isidor Pinkus** Zahlungen für mich zu leisten.

Michaelis Neustaedter.
Alten Markt Nr. 44.

Familien-Nachrichten.

Die heute Abend 6¾ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau von einem kräftigen Knaben beehre ich mich hierdurch statt jeder besonderen Meldung ergebenst anzuzeigen.

Owieczki, den 3. Februar 1867.

Ad. Güterbock.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. Ant. Klay in Zyrowa mit Hrn. Joseph Hirschberg in Berlin. Fräul. Hedwig Hasselbach mit dem Hauptmann Loesener in Magdeburg. Frl. Marie Erxleben mit dem Advokaten Hermann Bolten in Rostock. Fräul. Elisabeth Kühl mit dem Kaufmann Karl Bathe in Berlin.

Verbindungen. Hauptmann Otto v. Szczepansky mit Frl. Gertrud Hillmar in Köslin.

Geburten. Ein Sohn dem Oberst Frhrn. v. Steinäcker, dem Lieut. Krause in Berlin, dem Premierlieut. v. Hopffgarten in Cleve, dem Studienrath Pabst in Hannover, dem Lieut. z. See Werner in Kiel, dem Major a. D. G. v. Blücher, dem Professor Friedrichs und dem Prediger Palmié in Berlin, dem Rentamtmann Schulz in Flatow, dem Oberförster Wagner in Lieberose, dem Hauptmann a. D. Saro in Berlin. — Eine Tochter dem Hauptmann a. D. Schinkel in Wiesbaden, dem Hauptmann a. D. v. Waldow in Steinberg, dem Major Gregorovius (todt) in Tilsit.

Stadt-Theater.

Dienstag: 15. Gastspiel des kaiserl. französ. Kammersängers Herrn **Roger. Der Troubadour.** Gr. Oper in 4 Akten von J. Verdi. Manrico — Herr **Roger.**

Mittwoch: kein Theater wegen Vorbereitung zur **„Reichen Erbin."**

Donnerstag. Zum Benefiz für Hrn. R o b e r t L e o n h a r d zum ersten Male: **Die reiche Erbin,** Schauspiel in 5 Abtheilungen und 12 Bildern nach dem Roman des Eugene Sue: **Die sieben Todsünden,** frei bearbeitet von Friedrich Gomansky. 1. Abtheil. „Das Duell." 2. Abtheil. „Der Bucklige." 3. Abth. „Des Reichthums Glück und Unglück." 4. Abth. „Pariser Spiegelbilder." 5. Abth. „Adelstolz und Bürgerehre."

Volksgarten-Saal.

Heute Dienstag: ***Concert.***
Anfang 7½ Uhr. Entrée à Person 1½ Sgr.
Donnerstag: ***Sinfonie-Concert.***

C. Walther, Kapellmeister.

Lambert's Salon.

Mittwoch den 6. Februar: **Sinfonie-Konzert** von der Kapelle des Westf. Füs. Rgts. Nr. 37. Familienbillets, 5 Stück für 15 Sgr. sind in den Musikalienhandlungen der Herren **Bote & Bock, Schlesinger & Spiro** und beim Nr. 20., zu haben.

Wagener, Kapellmeister.

Asch's Café,

Markt 10.

Heute und die folgenden Abende **Konzert und Gesangsvorträge** von der Familie **Pöschel** aus Böhmen.

Bohne's Restaurant.

Schloßstraße Nr. 5., erste Etage.

Heute und die folgenden Abende **Konzert** von der Sängergesellschaft des Konzertmeisters Herrn **Niklaus** aus Breslau.

---

7. Fehrle's Gesellschaftsgarten 7.

kl. Gerberstraße 7.

Mittwoch den 6. Februar 1867.

Außerordentliche Abendunterhaltung, bestehend in humoristischen und serieusen Gesangsvorträgen von **A. Wohlbrück,** herkulischen Spielen, Unterhaltungen mit der Unterwelt, mechanischen Zaubereien ꝛc. ꝛc.

Anfang 7 Uhr.

Von den so sehr beliebten **Würstchen** treffen täglich frische Sendungen ein und empfiehlt dieselben in der Liqueur- und Frühstückstube **Wronkerstraße Nr. 6.** Auswärtige Aufträge werden prompt effektuirt.

S. Kaplan.

Hilfe!!! Hilfe!!!
Kladderadatsch
schwimmt.

Das Putz- und Mode-Waaren-Magazin

von **Th. A. Munk,**

Breslauerstraße Nr. 10., eine Treppe,

besorgt Waschen, Färben und Modernisiren von **Strohhüten** und garantirt die hierin bekannten Berliner Vorzüge; empfiehlt auch die zur Ansicht vorliegenden Muster von **Strohhüten** neuester Façons.

En gros. **Importirte Havanna-Cigarren** **En détail.**

empfiehlt in bester abgelagerter Waare zu billigsten Preisen.

Als besonders preiswerth:

Cabanas 13⅓ Thlr. p. Mille, p. 100 St. 1⅓ Thlr.
Trinidad 15 Thlr. p. M., p. 100 St. 1½ Thlr.
Hermosa 20 Thlr. p. M., p. 100 St. 2 Thlr.
Globo I. 20 Thlr. p. M., p. 100 St. 2 Thlr.
Perez 25 Thlr. p. Mille, p. 100 St. 2½ Thlr
Globo II. 25 Thlr. p. M., p. 100 St. 2½ Thlr.
Confianza 30 Thlr. p. M., p. 100 St. 3 Thlr.
Intimidad 35 Thlr. p. M., p. 100 St. 3½ Thlr.

Diverse Marken von 35–120 Thlr. p. Mille in Originalverpackungen.
Türk. Tabak à 2–3 Thlr. p. Pfd. Echten Varinas à 12 Sgr. bis 1 Thlr. p. Pfd.
Russische und türkische Cigaretten von La Ferme, Divan, Müller, **sämmtlich echt** von 4⅔ Thlr. p. Mille, 14 Sgr. p. 100 St. ab. — Probesendungen gegen Einsendung oder Postvorschuß. Nichtconvenirendes wird zurückgetauscht.

H. Morwitz in Berlin,
59., Gr. Friedrichsstr., Ecke Leipzigerstr.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 5. Februar 1867. **(Marcuse & Maas.)**

		Not. v 4			Not. v. 4.
Weizen, unverändert.			**Rüböl,** unverändert.		
Februar	84½	84	Februar	11½	11⅜
Frühjahr	84½	84½	April-Mai	11¾	11¾
Mai-Juni	85	85	**Spiritus,** niedriger.		
Roggen, matter.			Februar	16½	$16\frac{7}{12}$
Februar	55	55¼	Frühjahr	$16\frac{17}{24}$	17
Frühjahr	54¼	54½	Mai-Juni	17	17¼
Mai-Juni	54½	55			

Börse zu Posen

am 5. Februar 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 88⅝ Gd., do. Rentenbriefe 90 Gd., do. 5% Kreis-Obligationen 98½ Br., do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98½ Br., do. 4½% Kreis-Obligationen 89½ Br., polnische Banknoten 81¾ Gd.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Febr. 53, Febr.-März 52¾, März-April 52⅓, Frühjahr 52¼, April-Mai 52¼, Mai-Juni 52¼.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gekündigt 21,000 Quart, pr. Februar $16\frac{1}{12}$, März 16¼, April $16\frac{5}{12}$, Mai 16⅝, Juni 16⅝, Juli $17\frac{1}{12}$.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Februar. Wind: Süd. Barometer: 28⁴. Thermometer: Früh 4° +. Witterung: Schön.

R o g g e n blieb im Werthe ganz unverändert und der Verkehr in dem Artikel eng begrenzt. Auch mit effektiver Waare geht es nur mäßig. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 56¼ Rt.

R ü b ö l still und ohne wesentliche Aenderung.

S p i r i t u s eröffnete fest, wurde jedoch im Laufe des Marktes zu eher nachgebenden Preisen verkauft. Geändert ist in der Position nichts. Gekündigt 40,000 Quart. Kündigungspreis 17¼ Rt.

W e i z e n: loko fest, Termine etwas besser bezahlt.

H a f e r: loko behauptet, Termine eine Kleinigkeit höher.

W e i z e n loko pr. 2100 Pfd. 70—89 Rt. nach Qualität, weißbunter poln. 82 a 83 a 84 a 85 Rt. bz., pr. 2000 Pfd. April-Mai 80½ a ¼ Rt. bz., Mai-Juni 81½ bz. u. Br.

R o g g e n loko pr. 2000 Pfd. 56 a ½ a ¾ a 57 a ¼ Rt. bz., ord. 55 a ½ Rt. bz., pr. diesen Monat 56¼ Rt. bz., Frühjahr 55½ a ¾ a ½ bz., Mai-Juni 55¾ bz., Juni-Juli 56 a ¼ a 56 bz., Juli-August 54¾ a ½ bz.

G e r s t e loko pr. 1750 Pfd. 45—51 Rt. nach Qualität, kleine 47½ Rt. bz.

H a f e r loko pr. 1200 Pfd. 26—29 Rt. nach Qualität, böhm. 28¼ a ⅜, sächs. 27¾ a 28¼ Rt. bz., Frühjahr 28¼ Rt. bz., Mai-Juni 28¾ bz., Juni-Juli 29 Rt. Br.

E r b s e n pr. 2250 Pfd. Kochwaare 52—66 Rt. nach Qualität, Futterwaare do., Futter- 53 Rt. bz.

R ü b ö l loko pr. 100 Pfd. ohne Faß $11\frac{11}{12}$ Rt. Br., pr. diesen Monat 11¾ a $\frac{10}{24}$ bz., Febr.-März 11¾ bz., März-April 11⅝ Rt., April-Mai 11⅞ Gd., Mai-Juni 12 a $11\frac{23}{24}$ bz, Septbr.-Oktbr. $12\frac{1}{12}$ bz. u. Gd.

L e i n ö l loko 13¾ Rt. bz.

S p i r i t u s pr. 8000% loko ohne Faß 17⅝ Rt. bz., pr. dies. Monat $17\frac{7}{24}$ a $\frac{8}{24}$ bz., ¼ Br., ⅙ Gd., Febr.-März do., April-Mai 17⅝ a $\frac{11}{24}$ bz., ½ Br., $\frac{5}{12}$ Gd., Mai-Juni 17¾ Br., ⅔ Gd., Juni-Juli 18 Br., $17\frac{11}{12}$ Gd., Juli-August 18⅜ a ¼ bz., Br. u. Gd., Aug.-Septbr. $18\frac{7}{12}$ a $\frac{11}{24}$ bz.

M e h l. Weizenmehl Nr. 0. 5½—⅓ Rt., Nr. 0. u. 1. 5¼—5 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4½—4¼ Rt., Nr. 0. u. 1. 4⅙—3⅚ Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert.

(B. H. Z.)

Stettin, 4. Febr. **An der Börse.** [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter: Schön, klare Luft, + 3° R. Barometer: 28, 1. Wind: SW.

W e i z e n behauptet, loko p. 85pfd. gelber 74—85 Rt., feiner 86—87 Rt.,

feiner weißbunter Bromberger, etwas feucht, 85 Rt. bz., 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr 84½ Rt. bz., 85 Br., 84¾ Gd., Mai-Juni 85 Gd.

Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko 55½—56½ Rt., pr. Febr. 55½ bz., Frühjahr 55, 54½, ¾ bz., 54¾ Br. u. Gd., Mai 55⅛ bz., Mai-Juni 55 Br., Juni-Juli 55¼ Gd., 55½ Br.

Gerste Connoissemente schles. 47½ Rt. bz., pr. Frühjahr schles. p. 69/70pfd. 49 Rt. bz.

Hafer p. 47—50pfd. pr. Frühjahr 31 Rt. Br.

Erbsen, pr. Frühjahr Futter- 57 Rt. Br., 56 Gd.

Rüböl stille, loko 11⅝ Rt. Br., pr. Februar 11½ Br., April-Mai 11⅚ Br., ⅔ Gd., Septbr.-Oktbr. 12 Br.

Spiritus etwas höher, loko ohne Faß 16¾, ⅔ Rt. bz., mit Faß 16 7/12 bz., pr. Febr.-März 16⅔ Br., Frühjahr 17, 16 11/12 bz., Mai-Juni 17¼ bz.

Angemeldet: Nichts.

Hering, schott. crown und Fullbrand 11½ Rt. transf. bz., Ihlen 8⅔ Rt. transf. bz. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 4. Febr. [Produktenmarkt.] Wind: West. Wetter: Veränderlich, früh 3° Wärme. Barometer: 28″. — Am heutigen Markte blieb der Geschäftsverkehr im Getreidehandel ruhig, derselbe zeigte jedoch im Allgemeinen feste Haltung.

Weizen war preishaltend, wir notiren p. 84 Pfd. weißer 85—96 Sgr., gelber 85—90—95 Sgr., feinster über Notiz.

Roggen wurde bei ziemlich belangreichen Angeboten entsprechend beachtet, wir notiren p. 84 Pfd. 67—70 Sgr., feinster über Notiz bezahlt.

Gerste war zur Kompletirung einzelner Ladungen beachtet, wir notiren p. 74 Pfd. 54—58 Sgr., beste Qualitäten werden mit 59—60 Sgr. bezahlt.

Hafer gut preishaltend, wir notiren p. 50 Pfd. 30—33 Sgr., feinster über Notiz bezahlt.

Hülsenfrüchte. Kocherbsen wurden wenig beachtet, 62—67 Sgr., Futtererbsen a 53—58 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken wenig beachtet, p. 90 Pfd. 53—60 Sgr., feinste über Notiz zu bedingen.

Bohnen ohne Frage, p. 90 Pfd. 70—90 Sgr., feinste über Notiz.

Lupinen blieben in schimmelfreier Waare wenig angeboten, der Umsatz blieb höchst belanglos, p. 90 Pfd. gelbe 45—50 Sgr., blaue ohne Angebote.

Buchweizen fand vereinzelt Frage, wir notiren p. 70 Pfd. 50—56 Sgr.

Oelsaaten zeigten sich preishaltend, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto Winterrübsen 172—186 Sgr., Winterraps schles. 190—204 Sgr., galiz. 170—196 Sgr., Sommerrübsen 150—166 Sgr., Leindotter fand wenig Beachtung, a 150—162 Sgr., Schlaglein bewahrte die zeitherige Haltung, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto 5⅔—6—6⅓ Rt., feinster über Notiz bez.

Hanfsamen p. 60 Pfd. a 44—46 Sgr.

Rapskuchen schwach beachtet, wir notiren a 48—51 Sgr. p. Ctr.

Kleesaat roth blieb in feiner Waare bei sehr fester Haltung beachtet, wir notiren ord. 12—13½ Rt., mittel 14—15 Rt., fein 16½—18 Rt., hochf. 18½—19 Rt., weiß fand bei den erhöhten Forderungen nur ruhige Kauflust, ord. 17—20 Rt., mittel 22—24 Rt., fein 26½—28½ Rt., hochfein 29—30 Rt.

Kartoffeln bei vermehrtem Angebote billiger erlassen, a 24—36 Sgr. p. Sack a 150 Pfd.

Breslau, 4. Febr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, unverändert, ordin. 12½—14, mittel 14½—15½, fein 16¾—18¼, hochf. 18½—19. Kleesaat weiße, etwas ruhiger, ordin. 18—20, mittel 22—24, fein 26½—28, hochf. 29—30.

Roggen (p. 2000 Pfd.) matter, gek. 1000 Ctr., pr. Februar 54¼—54 bz., Febr.-März 53½ bz. u. Br., April-Mai 53—52¾ bz. u. Br., Mai-Juni 53 Br.

Weizen pr. Februar 76 Br.

Gerste pr. Februar 51 Br.

Hafer pr. Februar 43 Br.

Raps pr. Februar 95 Br.

Rüböl still, loko 11⅙ Br., pr. Febr. und Febr.-März 11 1/12 Br., März-April 11⅙ Br., April-Mai 11⅓ Br., 11¼ Gd., Septbr.-Oktbr. 11½ bz. u. Gd., 11⅔ Br.

Spiritus fest, gek. 10,000 Qrt., loko **16¾ Gd.,** 16 11/12 Br., Kündigungsscheine 16 17/24 bz., pr. Febr. 16⅚ bz., Febr.-März 16⅚ bz., April-Mai 17¼—1/12 bz. u. Gd., Mai-Juni 17½ bz. u. Br., Juni-Juli 17¾ bz.

Zink still, Preise nominell. Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 4. Februar 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.
Weizen, weißer	94—96	92	85—88 Sgr.
do. gelber	92—94	89	84—86
Roggen	70 —	69	68 —
Gerste	59—60	58	53—56
Hafer	33—34	32	30—31
Erbsen	64—68	60	55—57

pr. Scheffel.

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 4. Febr. Weizen 78—80 Rt., Roggen 59—61 Rt., Gerste 48—56 Rt., Hafer 28—30 Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare und Termine gestiegen. Loko ohne Faß 18¼ Rt., pr. Februar und Febr.-März 17⅚ Rt., März-April 17 11/12 Rt., April-Mai 18 Rt., Mai-Juni 18⅙ Rt., Juni-Juli 18⅓ Rt., Juli-August 18⅔ Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus wiederholt höher. Loko 16 11/12 a 17 Rt.

(Magdeb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 4. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen auf Termine 1½ Thlr. höher, pr. Februar 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Gd., pr. Frühjahr 146 Br. u. Gd. Roggen loko ruhig, ab Ostsee 1 Thlr. höher geboten, geschäftslos. Pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gd. Hafer unverändert, matt. Oel loko geschäftslos, 25¼ a 25⅜, pr. Mai 25⅜, pr. Oktober 26⅜. Kaffee und Zink geschäftslos. — Schönes Wetter.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
4. Febr.	Nachm. 2	28″ 1‴ 15	+ 3°8	SSW 1-2	heiter. Cu.
4.	Abnds. 10	27″ 10‴ 47	+ 0°2	S 0-1	ganz heiter.
5.	Morg. 6	27″ 8‴ 10	+ 1°8	S 2-3	halb heit. St., Cu.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. Februar 1867 Vormittags 8 Uhr 8 Fuß — Zoll.
" " 5. " " " 9 " 5 "

Pogorzelice, am 2. Februar 1867 Vormittags 10 Uhr 9 Fuß 1 Zoll.
" " 2. " " Nachmittags 2 " 9 " 5 "

Telegramm.

Wien, 5. Februar. Eine Wiener Korrespondenz des „Dresdener Journals" versichert, daß Belcredi demissionirte, weil Herr v. Beust keine Verständigung mit ihm erreichen konnte über den Weg zur Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen.

Hr. v. Beust, vom Kaiser mit Vervollständigung des Ministeriums beauftragt, hat den außerordentlichen Reichstag aufgegeben, daß der engere Reichsrath einberufen werde.

Barral, welcher am Sonnabend hier eingetroffen und von Herrn v. Beust empfangen wurde, hatte heute eine besondere Audienz beim Kaiser. Die Wiener Landtagswahlen sind sämmtlich zu Gunsten der Verfassungspartei ausgefallen.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 4. Februar 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99¾ G
Staats-Anl. 1859	5	104⅜ bz
do. 54, 55, 57	4½	99¾ bz
do. 56	4½	99¾ bz
do. 1859, 1864	4½	99¾ bz
do. 50, 52 conv.	4	90½ bz
do. 1853	4	90½ bz
do. 1862	4	90½ bz
Präm.St.Anl. 1855	3½	122 bz
Staats-Schuldsch.	3½	85¼ bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	82 B
Berl. Stadt-Obl.	5	104⅜ bz
do. do.	4½	99¼ bz
Berl. Börsenh.-Obl.	5	101¼ bz
Pfandbriefe:		
Kur- u. Neu-	3½	79¾ B
Märkische	4	90½ bz
Ostpreußische	3½	79¼ B
do.	4	87 B 4½% 94 bz
Pommersche	3½	78¾ bz
do. neue	4	90¼ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	88⅝ bz
Schlesische	3½	87½ G
do. Litt. A.	3½	— —
Westpreußische	3½	76¾ G
do.	4	86⅛ G
do. neue	4	— —
do. do.	4½	94¾ bz
Rentenbriefe:		
Kur-u Neumärk.	4	92 bz
Pommersche	4	92¼ G
Posensche	4	90¼ bz
Preußische	4	91 G
Rhein.-Westf.	4	96¼ G
Sächsische	4	94¼ G
Schlesische	4	92½ bz u B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	47½ bz
do. National-Anl.	5	55¾ bz
do. 250 fl. Präm. Ob.	4	59½ G
do. 100 fl. Kred. Loose	—	68¾ bz u G
do. 5prz. Loose (1860)	5	68¼-67¾ bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	—	44 B
do. Slb.-Anl. 1864	5	61 bz u G
Italienische Anleihe	5	55⅛-⅛ bz u B
Russische:		
5. Stieglitz Anl.	5	62¾ bz
6. do.	5	82½ B
Englische Anl.	5	85⅛ G
N. Russ. Egl. Anl	3	52⅛ G
do. v. J. 1862	5	86¼ bz u G
do. 1864	5	— —
do. engl.	5	87¼ G
do Pr.-Anl. 1864	5	91 bz
Polnische:		
Poln. Schatz-O.	4	63 bz
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	90¾ G
Pfdbr. n. i. SR.	4	61 bz
Amerik. Anleihe	6	77¼-77 bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	53½ bz
Neue Bad. 35 fl. Loose	—	30¾ B
Dessauer Präm. Anl.	3½	98½ G
Lübecker Präm. Anl.	3½	49⅛ etw bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	155 G
Berl. Handels-Ges.	4	106 bz
Braunschwg. Bank-	4	89 B
Bremer do.	4	115½ G
Coburger Kredit-do.	4	87¾ B
Danzig. Priv.-Bk.	4	110 B
Darmstädter Kred.	4	84½ Post bz u G
do. Zettel-Bank	4	96½ G
Dessauer Kredit-B.	0	2¼ etw bz
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	103¼ bz
Genfer Kreditbank	4	28¾-¼ bz
Geraer Bank	4	104½ etw bz
Gothaer Privat do.	4	98¼ G
Hannoversche do.	4	83½ B
Königsb. Privatbk.	4	111 G
Leipziger Kreditbk.	4	80¾ G
Luxemburger Bank	4	76 B
Magdeb. Privatbk.	4	94 B
Meininger Kreditbk.	4	93¾ B
Moldau. Land. Bk.	4	23½-¾ bz
Norddeutsche do.	4	118½ B
Oestr. Kredit- do.	5	68¼-67½ bz
Pomm. Ritter- do.	4	92 B
Posener Prov. Bank	4	100 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	150½ bz
Schles. Bankverein	4	114 G
Thüring. Bank	4	66 B
Vereinsbnk. Hamb.	4	109¼ G
Weimar. Bank.	4	93 bz u G
Prß. Hypoth.-Vers.	4	107¾ G
do. do. Certific.	4½	101¼ bz
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	93 bz
Aachen-Mastricht	4½	63¼ bz
do. II. Em.	5	63 B
Bergisch-Märkische	4½	93 G
do. II. Ser. (conv.)	4½	96½ bz
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	78 bz
do. Lit. B.	3½	78 bz
do. IV. Ser.	4½	94½ bz
do. V. Ser.	4½	94¼ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	84 G
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	84¼ G
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	91⅜ B
do.	4½	96½ bz
do. Litt. B.	4	96 G
Berlin-Hamburg	4	91½ G
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	88¼ B
do. Litt. B.	4	88¼ B
do. Litt C.	4	88 bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	85 bz
Berl.-Stet. III. Em.	4	85 bz
do. IV. S. v. St. gar.	4½	96 bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	99 G
do. II. Em.	5	102 G
do.	4	87 B
do. III. Em.	4	85½ G
do.	4½	95⅜ B
do. IV. Em.	4	85¼ bz
do. V. Em.	4	84¼ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	83 B
do. III. Em.	4½	— — IV 85 B
do. 1865	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	96 bz
Magdeb. Wittenb.	3	68¼ bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	84¾ bz
Niederschles. Märk.	4	90¼ bz
do. II. o.	4	87 G
do. conv.	4	90¼ G
do. conv. III. Ser.	4	89½ bz
do. IV. Ser.	4½	99 bz
Niederschl. Zweigb.	5	101¼ B
Nordb. Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80 B
do. Litt. C.	4	88¼ B
do. Litt. D.	4	88⅛ bz
do. Litt. E.	3½	79¼ G
do. Litt. F.	4½	94½ G 94½ bz
Oestr. Franzöſ. St.	3	239 bz
Oestr. südl. Staatsb.	3	224½ bz
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. Prior. Obl.	4½	93 G
do. 1862	4½	93 bz
do. v. Staat garant	4½	97½ B
Rhein-Nahe v. St g.	4½	94⅞ B
do. II. Em.	4½	94⅞ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	83¾ B
do. III. Ser.	4½	— —
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4	90½ G
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	90½ G
do. IV. Ser	4½	97¾ G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	35½ bz
Altona-Kieler	4	133¼ bz
Amsterd. Rotterd.	4	105¼ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	154-153-½ bz
Berlin-Anhalt	4	217¾ bz
Berlin-Hamburg	4	157 B
Berl. Potsd. Magd.	4	211¾ bz
Berlin-Stettin	4	135⅛ bz
Berlin-Görlitz	4	69¼ bz
do. Stamm-Prior.	5	99 bz
Böhm. Westbahn	5	62 Mehr bz
Bresl. Schw. Freib.	4	142¾ bz
Brieg-Neiße	4	102¾ B
Cöln-Minden	4	146¾-¼-⅛ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	56⅜ bz
do. Stamm-Pr.	4½	78 bz
do. do.	5	84 bz
Gal. C.-Ludwg.	5	85⅛-⅜ bz
Ludwigshaf.-Berb.	4	148⅛ G
Magdeb. Halberst.	4	193½ bz
Magdeb. Leipzig	4	258 bz B 91 bz
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	131 bz
Mecklenburger	4	79 bz u G
Münster-Hammer	4	91¼ bz
Niederschles. Märk.	4	91⅛ B
Niederschl. Zweigb.	4	93½ bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	81¼-81 bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	184 bz
do. Lt. B.	5	159½ bz
Oest. Franz. Staat.	5	108½-7¾-108 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	107¼-107 bz u B
Oppeln-Tarnowitz	5	75 bz
Rheinische	4	116½ bz
do. Stamm-Pr.	4	116¾ bz
Rhein-Nahebahn	4	33½ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	79¼ bz
Stargard-Posen	4½	95¼ B
Thüringer	4	132½ G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113 5/12 bz
Gold-Kronen	—	9. 8 bz
Louisd'or	—	111¼ bz
Sovereigns	—	6. 23 bz
Napoleonsd'or	—	5. 12 bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	464 G
Dollars	—	1 11½ G
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 Th. 28 Sgr B
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Noten	—	99⅝ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅝ bz
Oestr. Banknoten	—	79 bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	82 bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	151 G
Berl. Eisenb. Fab.	5	107¼ bz
Hörder Hüttenv. A.	5	112 B
Minerva, Brgw. A.	5	39¾ bz
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	385 G

Wechsel-Kurse vom 4. Februar.

Amstrd. 250 fl. 10 T.	4	144 bz
do. 2 M.	4	143¼ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	152 bz
do. do. 2 M.	3	151⅛ G
London 1 Lstr. 3 M.	3½	6 22⅞ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	80 11/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	5	79 bz
do. do. 2 M.	5	78¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 24 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3½	56 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅞ G
do. do. 2 M.	5	99⅛ G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	90½ bz
do. do. 3 M.	7	89½ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	3½	110½ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	81⅜ bz

Die Börse war heut matter; im gestrigen Privatverkehr fand eine ungeheure Hausse mit großer Lebhaftigkeit statt, wogegen heut eine entschiedene Reaktion eintrat, doch war das Geschäft noch belebt und der Kursstand meist doch noch höher als am Sonnabend. Köln-Mindener, Bergische, Nordbahn, Oberschlesische waren belebt, Amerikaner wegen des ungünstigen Goldagios matter, auch Italiener wegen der Depesche aus Florenz. Von preußischen Fonds waren Prämien-Anleihe ½ besser, Staatsschuldscheine ⅛ billiger.

Bergisch-Märkische 154 a 153 a ½ gem. Köln-Mindener 146¾ a ¼ a ⅛ gem. Nordbahn Friedrich Wilhelm 81¼ a 81 gem. Galizier (Carl Ludw.) 85⅛ a ⅜ gem. Oestr.-Franz. Staatsbahn 108½ a 107¾ a 108 gem. Oestr. südl. Staatsbahn Lomb. 107¼ a 107 gem. Minerva 39¾ gem. Genfer Kreditbank 28¾ a ¼ gem. Oestr. Kredit 68¼ a 67½ gem. Oestr. Loose von 1860 68¼ a 67¾ gem. Amerikaner 77¼ a 77 gem. Bayer. Präm.-Anl. 103⅛ a 103 gem.

Breslau, 4. Februar. Ziemlich lebhaftes Geschäft bei theilweise billigeren Kursen. Italiener und Amerikaner etwas niedriger. Oberschles. Eisenbahn-Aktien und bayerische Anleihe behauptet.

Schlußkurse. Oestr. Kredit-Bankaktien 68½ bz. Oestr. Loose 1860 68½ bz. do. 1864 43¼ G. do. neue Silber-Anleihe —. Bayrische Anleihe 103½—⅝ bz u. B. Amerikaner 77—76¾ bz. Schles. Bankverein 115 bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 142¾ bz. do. Prior.-Oblig. 88¾ B do. do. Lit. D. 93¾ G. do. do. Lit. E. 93¾ G. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. Neisse-Brieger 103 B. Oberschl. Lit. A. & C. 185½—84¾ bz. do. Lit. B. 161 bz. do. Prior.-Oblig. 88¾ B. do. do. 94⅝ B, 94⅛ G. do. do. Lit. E. 79¼ G. do. Lit. G. 94¼ B, 93⅝ G. Oppeln-Tarnowitz 75½ bz. Kosel-Oderberg 57 B. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 82 B.

Frankfurt a. M., 2. Februar. **[Börsenbericht.]** Die Stimmung für östreichische Fonds war in verflossener Woche eine überaus feste. Nachdem schon vor der Ultimo-Liquidation der bedeutende Stückemangel dem Steigen wesentlichen Vorschub geleistet, gingen nach deren Beendigung trotz eines momentanen kleinen Rückfalls, östreichische Fonds beständig in die Höhe und schließen heute in voller Hausse. Nicht allein, daß die Spekulation sich mit aller Energie den östreichischen Papieren wieder zugewendet, auch die Kapitalisten beginnen wieder zu kaufen und zwar vorzugsweise von den Neuen 5% Metalliques vom Jahre 1866, die von 44¼ bis 46⅜ gestiegen sind.

Kreditaktien 147—155½, 1860er Loose 65⅜—66½, 1864er Loose 70½—75¾, 1858er Loose 117—119, National 51⅝—53¼, Engl. Metall. vom Jahre 1859 57¾—60, Bankaktien 647—670.

Amerikaner in Folge der Bewegung in amerikanischen Fonds vernachlässigt 76⅝—76⅛.

Staatsbahn-Prioritäten 47½—48¼, Lombardische 44½—45, Livorneser 34½, Darmstädter Bankaktien 208½ bis 210, bairische Ostbahn 119.

Von südd. Fonds bair. Prämien-Anleihe abermals höher 101¼, Schluß 103, Württemb. 3½% 83¼, 4½% Baden 94¼, 4½% Preuß. 99¾, Preuß. Prämien-Anleihe 122.

Wiener Wechsel beliebt 89 91¼, London 119, Paris 94½, Hamburg 88⅛.

Kleinere Loose in guter Nachfrage. Neue holl. 10 Fl.-Loose 6¾, Schwed. Loose Thlr. 10, Freiburger 5, 18, Neuchatel 5, Badische 35 Fl.-Loose 53¼, Mailänder 28⅛, Neue Mailänder 4, 18, Kurhessische 53¾, Friedrichsd'or 9, 57, Dukaten 5, 33, Napoleon 9, 27.

Vergleichungs-Tabelle.

	Am 27. Januar.		Am 2. Februar.	
Oestr. Bankaktien	647		671	
" Kreditaktien	147		155½	
" National	51⅝		53⅜	
" Loose von 1860	65⅜	vor Zieh.	66½	nach Zieh.
" " 1864	70½		75¾	
6% Amerika " 1882	76¾		76¼	
Wechsel auf Wien	89		91½	

Gebrüder Pfeiffer.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, 4. Februar. [Schlußkurse der offiziellen Börse.] Schluß fest.

Neues 5% steuerfr. Anlehen 60, 10. 5% Metalliques 60, 50. 1854er Loose 78, 00. Bankaktien 737, 00. Nordbahn 162, 50. National-Anlehen 70, 50. Kreditaktien 171, 20. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 205, 80. Galizier 218, 00. Czernowitzer 184, 00. London 128, 80. Hamburg 95, 25. Paris 51, 10. Frankfurt 108, 00. Amsterdam 108, 00. Böhmische Westbahn 157, 75. Kreditloose 131, 00. 1860er Loose 86, 00. Lombard. Eisenbahn 202, 75. 1864er Loose 82, 30. Silber-Anleihe 78, 50. Anglo-Austrian B. 87, 25. Napoleonsd'or 10, 29. Dukaten 606. Silberkupons 127, 00.

Wien, 4. Februar. [Abendbörse.] Animirte Stimmung. Kreditaktien 172, 20. Nordbahn 162, 50. 1860er Loose 86, 00. 1864er Loose 82, 50. Czernowitzer 184, 00. Napoleonsd'or 10, 27.

Frankfurt a. M., 4. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Die Börse war in Folge starker Realisirungen in ihrem Verlaufe gedrückt, schloß aber fest und besser. Oestr. 5% steuerfr. Anl. 47.

Schlußkurse. Preußische Kassenscheine 105½ B. Berliner Wechsel 105 B. Hamburger Wechsel 88⅛. Londoner Wechsel 118⅞. Pariser Wechsel 94⅝. Wiener Wechsel 92¼. Finnländische Anleihe —. Neue Finnl. 4½% Pfandbriefe 82¾ B. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 76¼. Oestr. Bankantheile 683. Oestr. Kreditaktien 157½. Darmstädter Bankaktien 213½. Meininger Kreditaktien 93½. Oestr.-franz. Staatsbahn-Aktien —. Oestr. Elisabethbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn 33½. Ludwigshafen-Bexbach 156½. Hessische Ludwigsbahn 135. Darmstädter Zettelbank —. 1854er Loose 60½. 1860er Loose 67⅞. 1864er Loose 76. Badische Loose 54 B. Kurhessische Loose 53¾. 5% östr. Anleihe von 1859 60½. Oestr. National-Anlehen 53¾. 5% Metalliques —. 4½% Metalliques 40½ B. Bayerische Prämien-Anleihe 102¾.

Hamburg, 4. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds Anfangs schwankend, schlossen fest. Valuten lebhaft.

Schlußkurse. National-Anleihe 53½. Oestreich. Kreditaktien 66½. Oestr. 1860er Loose 66¾. Mexikaner —. Vereinsbank 109¾. Nordd. Bank 118⅝. Rheinische Bahn 113⅞. Nordbahn 80⅛. Altona-Kiel 131. Finnländische Anleihe 81¾. 1864er russ. Prämien-Anleihe 86. 1866er russ. Prämien-Anleihe 84¾. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 69¼. Diskonto 2½%.

London, 4. Februar, Nachmittags 4 Uhr.

Konsols 90⅝. 1% Spanier 31. Sardinier 72. Italien. 5% Rente 54. Lombarden 15⅞. Mexikaner 17¼. 5% Russen 88½. Neue Russen 86½. Silber 60⅝. Türk. Anleihe 1865 29¾. 6% Ver. St. pro 1882 72⅛.

Paris, 4. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die Haltung der Börse war sehr fest. Die 3% begann zu 69, 30 und wurde schließlich zu 69, 35 gehandelt. Konsols von Mittags 1 Uhr waren 90¾ gemeldet.

Schlußkurse. 3% Rente 69, 35. Ital. 5% Rente 54, 70. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oestr. Staatseisenbahn-Aktien 407, 50. Kredit-Mobilier-Aktien 511, 25. Lomb. Eisenbahn-Aktien 410, 00. Oestr. Anl. de 1865 322, 50. p. cpt. 6% Ver. St. pr. 1882 (ungestempelt) 82⅜.

Rotterdam, 4. Februar, Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten. Fest.

Holl. wirkl. 2½% Schuld-Obl. 56⅜. Oestr. National-Anleihe 52½. Oestr. 5% Metalliques 46⅞. Oestr. Silberanleihe 1864 56¼. Russ. 6. Stieglitz-Anleihe —. Russ. Eisenbahn 186, 25. Russ. Prämien-Anl. 170, 00. 1882er Verein. Staaten-Anl. 75⅞. Inländ. 3% Spanier 31¾. London 3 Monat 11, 72. Paris 3 Monat 46, 55.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.